

Wochenbericht

Korrigierte Version

Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung 2008/2009: Aufschwung geht in die Verlängerung

Seite 370

Warum bleibt die deutsche Wirtschaft angesichts der Wachstumsschwäche in den USA so robust? Was sind die Hauptursachen für die anziehende Inflation? Steht der Aufschwung endlich mehr auf inländischen Füßen? Wie sollte sich die Geldpolitik angesichts steigender Preise und des starken Euro im Moment verhalten? Ist die Zeit für Steuersenkungen gut gewählt?

vom Arbeitskreis Konjunktur

Welche Kräfte treiben die Konjunktur?

Seite 371

Fünf Fragen an Christian Dreger

Jenseits der engen Budgetsicht – Infrastrukturpolitik im Zeitalter des Klimawandels

Seite 396

Kommentar von Georg Meran

Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung 2008/2009: Aufschwung geht in die Verlängerung

Arbeitskreis Konjunktur
cdreger@diw.de

Für das laufende Jahr prognostiziert das DIW Berlin ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 2,7 Prozent. Im nächsten Jahr werden es 1,2 Prozent sein. Die vielerorts erwartete Dämpfung aufgrund der Wachstumsschwäche in den USA ist ausgeblieben. Allerdings ist die steigende Nachfrage in den Schwellenländern wie China und Indien eine Hauptursache der anziehenden Inflation, die derzeit den größten Hemmschuh für ein stärkeres Wachstum darstellt.

Erst 2009 wird sich der Konsum wieder etwas stärker beleben. Im laufenden Jahr sind es vor allem die Ausrüstungsinvestitionen der Unternehmen, die den Aufschwung treiben. Während der Außenhandel 2008 noch einen positiven Beitrag leistet, wachsen 2009 die Importe schneller als die Ausfuhren. Zwar kann in diesem Jahr die Arbeitslosigkeit noch weiter abgebaut werden, jedoch lassen die Auftriebskräfte am Arbeitsmarkt deutlich nach. Für das kommende Jahr ist daher mit stagnierenden Arbeitslosenzahlen zu rechnen.

Bei alledem darf die Wirtschaftspolitik nicht in Aktionismus verfallen. Handlungsbedarf besteht vor allem für die Geldpolitik. Auch wenn die höhere Inflation in erster Linie weltwirtschaftlich bedingt ist, könnten koordinierte Zinserhöhungen hilfreich sein, damit zu der importierten Teuerung kein hausgemachter Preisschub hinzukommt. Zinsanhebungen sollten aber moderat ausfallen, um den Aufschwung nicht zu gefährden. Für die Fiskalpolitik ist der Budgetausgleich über den Konjunkturzyklus hinweg wichtiger als Steuersenkungen, die zumindest in der ersten Zeit nach ihrer Einführung neue Löcher in die öffentlichen Kassen reißen würden. Wer daher Einkommensteuersenkungen fordert, muss gleichzeitig Vorschläge für deren Finanzierung auf den Tisch legen.

Weltwirtschaft: Leicht gedämpfte Expansion

Die Hauptregionen der Weltwirtschaft entwickeln sich gegenwärtig recht unterschiedlich. Während die konjunkturelle Dynamik in den USA im Zuge der Immobilienkrise fast zum Stillstand gekommen ist, werden insbesondere in Schwellenländern wie China und Indien nach wie vor hohe Wachstumsraten realisiert (Tabelle 1). Auch in vielen Staaten Lateinamerikas ist die Entwicklung trotz der engen Handelsverflechtungen mit den USA eindeutig nach oben gerichtet. Im Euroraum hat der Aufschwung derweil an Fahrt verloren. Dabei verläuft die Entwicklung auch in den großen Ländern der Währungsunion heterogen. In Deutschland zeigt sich die Konjunktur noch in einer robusten Verfassung, während die Zuwachsraten in Italien schon seit einiger Zeit nur noch bescheiden ausfallen. Auch in den meisten Ländern Mittel- und Osteuropas setzt sich der Aufschwung fort. Die anziehende Binnennachfrage in den aufstrebenden Wachstumszentren der Weltwirtschaft hat den Folgen der konjunkturellen Schwäche in den USA für die übrige Welt entgegen gewirkt.

Das bislang kräftige Wachstum der Weltwirtschaft hat sich auch in der Rohstoffpreisentwicklung niedergeschlagen. Aufgrund der stärkeren Nachfrage und der steigenden Energieintensität der Produktion in den aufstrebenden Schwellenländern ist der Ölpreis auf Rekordhöhen geklettert. Zudem haben steigende Lebensmittelpreise weltweit zu einem Anstieg der Inflationsraten geführt. Der Preisauftrieb dürfte im Prognosezeitraum allerdings wieder nachlassen. Zwar wird aufgrund des kaum gebremsten Wachstums der Schwellenländer deren Nachfrage nach Agrarprodukten weiter zunehmen. Trotz der überschwemmungsbedingten Ernteauffälle in den USA zeichnet sich jedoch für dieses Jahr eine Ausweitung des Angebots ab,

Fünf Fragen an Christian Dreger

„Welche Kräfte treiben die Konjunktur?“



Dr. habil. Christian Dreger,
Leiter der
Konjunkturabteilung
am DIW Berlin

Herr Dr. Dreger, wird der Konsum trotz hoher Inflation das Zugpferd der Konjunktur?

Der Konsum wird eine zunehmend wichtige Rolle für die Konjunkturerklärungen spielen. Allerdings hat die Inflation im ersten Halbjahr 2008 deutlich angezogen und schmälert damit natürlich auch die Chancen auf eine Konsumerholung. Aufgrund dieser Entwicklung wird die Konsumerholung dann etwas später einsetzen.

Wie lange wird uns die hohe Inflation denn noch erhalten bleiben?

Wir gehen davon aus, dass wir im Trend eine Zunahme der Inflation haben werden. Die niedrigen Inflationsraten der 90er Jahre werden uns so bald nicht wieder begegnen. Wir hatten ja ab Mitte der 90er Jahre niedrige Inflationsraten, insbesondere dadurch, dass die Globalisierung den Kostendruck verschärft und damit die anziehende Inflation gehemmt hat. Diese Trends kehren sich in den nächsten Jahren tendenziell um. Mit der Globalisierung ist auch die Nachfrage in den Schwellenländern gestiegen und wirkt preistreibend. Wir haben also im Moment durch die Globalisierung eher zunehmende Inflationsraten zu erwarten.

Geht der deutschen Exportwirtschaft langsam die Kraft aus?

Die Exporte laufen momentan noch recht gut. Es gibt natürlich Belastungsfaktoren, zu denen insbesondere die starke Aufwertung des Euro gegenüber dem Dollar zählt. Die deutsche Wirtschaft ist aber auf den Auslandsmärkten dadurch ganz gut aufgestellt, dass sie ein sehr gutes Produktportfolio anbietet. Deutschland exportiert beispielsweise viele Investitionsgüter, die weniger stark von Wechselkursschwankungen abhängig sind.

Wie entwickelt sich die Wirtschaft im Euroraum im Vergleich zur Weltwirtschaft?

Die deutsche Wirtschaft steht im Euroraum

mit an der Spitze. Auch durch diese positive Entwicklung in Deutschland sind die Aussichten und die Entwicklung für den gesamten Euroraum als insgesamt sehr günstig zu bezeichnen. Man muss aber auch sehen, dass die Euroländer beispielsweise in China und in Indien relativ hohe Exportanteile haben und damit natürlich vom Aufschwung in den Schwellenländern stärker profitieren als beispielsweise die USA. Das hängt auch damit zusammen, dass die Produktion in den Euroländern weniger energieintensiv erfolgt als in den USA. Im Zuge der ersten Ölkrise in den 70er und 80er Jahren wurde die Energieeffizienz in Europa wesentlich gesteigert. Diese Entwicklung gab es in den USA weniger stark. Von daher sind die Effekte der steigenden Ölpreise für die Euroländer weniger kritisch als für die USA. Insofern sind die weltweiten Perspektiven für die Euroländer eigentlich gar nicht so schlecht.

» Der Konsum wird eine zunehmend wichtige Rolle für die Konjunktur spielen.

« **Wie sind die mittelfristigen Wachstumsperspektiven für die deutsche Wirtschaft?**

Wir rechnen mit einer längerfristigen Wachstumsrate in Deutschland in der Größenordnung von ungefähr 1,7 Prozent. Wir liegen mit dieser Zahl etwas höher, als wenn wir nur die Jahre zwischen 2000 und 2005 betrachtet hätten. In dem Fall hätten wir insbesondere ab 2001 nur eine Wachstumsrate von ungefähr 1,5 Prozent. Wir prognostizieren jetzt eine etwas stärkere Wachstumsrate, weil die Arbeitsmarktreformen das Wachstum teilweise begünstigt haben. Durch die Arbeitsmarktreformen wird die Reaktion des Arbeitsmarktes auf die wirtschaftliche Entwicklung ganz allgemein verbessert. Vom jetzigen Stand ausgehend ist es so, dass eine stärkere Deregulierung an den Produkt- und Arbeitsmärkten weitere Wirkungen für das Produktionspotential hätte. Insbesondere könnten wir dann auch mit einer stärkeren längerfristigen Wachstumsrate rechnen.

Das Gespräch führte
Erich Wittenberg.

Das Interview zum
Anhören finden Sie auf
www.diw.de

Tabelle 1

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in ausgewählten Ländern

	Gewichte (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote in %			
		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %											
		2006	2007	2008	2009	2006	2007	2008	2009	2006	2007	2008	2009
EU-27	36,1	3,1	2,9	2,0	1,7	2,1	2,3	3,9	3,3	8,3	7,3	7,2	7,2
<i>Darunter:</i> Euroraum	26,3	2,9	2,6	1,8	1,4	2,0	2,1	3,6	2,8	8,6	7,7	7,5	7,5
Außereuropäische Industrieländer													
USA	32,7	2,9	2,2	1,2	1,4	3,2	2,9	4,0	2,8	4,6	4,6	5,2	5,8
Japan	10,8	2,4	2,0	1,5	1,6	0,2	0,1	0,8	0,8	4,1	3,8	3,9	4,1
Kanada	3,2	2,8	2,7	1,4	2,2	2,0	2,1	2,0	2,0	6,3	6,0	6,1	6,2
Ausgewählte Industrieländer¹	82,7	2,9	2,5	1,5	1,6	2,3	2,2	3,1	1,9	6,4	5,9	6,0	6,3
Russland	2,4	7,4	8,1	6,5	6,5	9,7	9,0	12,8	10,4	7,1	6,1	6,0	5,8
China und Hongkong	7,0	11,3	11,6	9,9	8,8	1,5	4,6	8,5	6,7	–	–	–	–
Indien	2,3	9,7	9,0	9,0	8,2	5,8	6,4	8,9	7,5	10,1	9,7	9,7	9,6
Ostasien ohne China ²	5,5	5,4	5,7	4,9	5,5	4,3	3,0	6,3	5,4	–	–	–	–
Insgesamt³	100,0	4,0	3,7	2,6	2,7	2,7	2,8	4,1	3,2	–	–	–	–

1 Summe der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2007 in US-Dollar, Arbeitslosenquote gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2007.

2 Gewichteter Durchschnitt aus Südkorea, Taiwan, Indonesien, Thailand, Malaysia, Singapur, Philippinen in US-Dollar.

3 Summe der aufgeführten Ländergruppen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2007 in US-Dollar.

Quellen: Global Insight und Berechnungen des DIW Berlin. 2008 und 2009: Prognose von Global Insight.

DIW Berlin 2008

weil die europäischen Ernten ihr Vorjahresniveau deutlich übertreffen dürften. Die Nachfrage nach nicht-agrarischen Rohstoffen wird ebenfalls weiter expandieren. Es spricht indes viel dafür, dass diese absehbare Entwicklung bereits in den heutigen Bewertungen eingepreist ist (Kasten 1). Zudem dürfte die Geldpolitik in Europa und den USA allmählich auf einen stärker restriktiven Kurs einschwenken, was die realwirtschaftliche Expansion tendenziell hemmt.

Die gegenwärtig höhere Inflation wird von einer erheblichen Verschiebung der Wechselkurse zwischen den wichtigsten Währungen der Weltwirtschaft begleitet. Dabei hat der US-Dollar vor allem gegenüber dem Euro nominal und real dramatisch an Wert verloren. Hierzu hat in jüngster Zeit die Umkehrung der Zinsrelation zwischen den USA und dem Euroraum beigetragen. Um ihr exportgetriebenes Wachstum nicht zu erschweren, haben manche asiatischen Länder wie

Kasten 1

Ölpreisentwicklung und Spekulation

Für einen Teil des rasanten Anstiegs der Rohölpreise werden derzeit vermehrt spekulative Transaktionen auf den Ölmärkten verantwortlich gemacht. Diese – so die Befürchtung – machten den Rohstoff Öl weltweit teurer als es bei einer fundamentalen Bewertung gerechtfertigt wäre. Eine solche Sicht verkennt den grundsätzlich stabilisierenden Einfluss der Spekulation auf den Umgang mit endlichen Ressourcen. Spekulative Käufe und Verkäufe nehmen erwartete zukünftige Preissteigerungen vorweg. Sie glätten somit die Preisentwicklung auf der Zeitachse und sorgen so dafür, dass mit dem knapper werdenden Rohstoff bereits frühzeitig sparsamer umgegangen wird. Die Evidenz für eine verstärkte Verknappung des Rohöls ist angesichts des sich abzeichnenden Energiebedarfs in der Welt erdrückend. Die dazu passende fundamentale Gegenwartsbewertung des Rohölpreises kann daher nur unter Berücksichtigung der zukünftigen Nachfrage- und Angebotsentwicklungen – also durch Einbeziehung

spekulativer Überlegungen – am Markt gefunden werden. Eine „fundamentale“ Bewertung, die von diesen, die Zukunft berücksichtigenden Erwägungen, losgelöst ist, kann es nicht geben. Die derzeitigen Erwartungen mögen sich in der Zukunft als übertrieben herausstellen. Ob dies der Fall sein wird, kann heute jedoch niemand sagen. Daher laufen auch die aufkommenden Forderungen nach einem Ausbau der Förderkapazitäten ins Leere. Das nunmehr realisierte Ölpreisniveau dürfte bereits beträchtliche Anreize zum Ausbau der Kapazitäten liefern, sofern es von den Produzenten als nachhaltig eingeschätzt wird. Die Wirtschaftspolitik ist gut beraten, die ökonomischen Realitäten auf den Rohstoffmärkten anzuerkennen und die Lenkungsfunction der Marktpreise wirken zu lassen. Kurzfristiger Aktionismus zur Hinauszögerung entsprechender Anpassungsprozesse wäre indes mittelfristig kontraproduktiv und bereits heute unnötig teuer.

Japan dagegen nur eine schwache Aufwertung ihrer Währungen zugelassen. So hat sich der Yen gegenüber dem US-Dollar innerhalb der letzten fünf Jahre abgesehen von kurzfristigen Schwankungen nur unwesentlich verteuert. Damit hat der Euro auch gegenüber diesen Währungen aufgewertet.

Schließlich gehen von der schwelenden Finanzkrise in den USA weiterhin Risiken für die realwirtschaftliche Entwicklung aus. Der globale Abschreibungsbedarf bei den Banken kann sich nach Schätzungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) auf bis zu 950 Milliarden US-Dollar belaufen. In dieser Summe dürften allerdings in hohem Umfang Doppelzählungen enthalten sein, die aus verschachtelten Verbriefungsketten resultieren. Eine künftig restriktivere Kreditvergabe könnte zu einer Abkühlung der Konjunktur in den betroffenen Ländern führen. Der von vielen Analysten befürchtete Konjunkturreinbruch ist bisher ausgeblieben. Dennoch ist es gegenwärtig noch zu früh, die Signale auf Entwarnung zu stellen.

USA schrammen knapp an Rezession vorbei

Die wirtschaftliche Dynamik in den USA verläuft auf einem niedrigen Niveau und wird sich erst in der zweiten Hälfte dieses Jahres wieder leicht erhöhen. Ursächlich dafür ist die nur allmähliche Überwindung der Finanzkrise, die in der exzessiven Ausreicherung von Hypothekendarlehen zu variablen Zinssätzen an Kreditnehmer mit schwacher Bonität (subprimes) ihren Ursprung hatte. Die Kredite sind zusammen mit weniger riskanten Anlagen als Wertpapiere verbrieft und in die Portefeuilles von institutionellen Anlegern wie Banken, Versicherungen und Investmentfonds aufgenommen worden. Die Risiken wurden dabei deutlich unterschätzt, wozu auch die steigende Komplexität der Finanzprodukte und die Fehlbewertungen der Ratingagenturen beigetragen haben. Der 2006 einsetzende Zinsanstieg hat den Höhenflug der Immobilienpreise beendet und zu einem deutlichen Anstieg der Privatinsolvenzen geführt. In der Folge hat das Bruttoinlandsprodukt der USA seit Herbst letzten Jahres mit Quartalsraten um 0,2 Prozent praktisch stagniert.

Der private Konsum, der lange Zeit die Konjunktur angekurbelt hat, zeigt infolge der geplatzten Vermögensillusionen der Eigenheimbesitzer und stagnierender Einkommen nur noch eine schwache Dynamik. Moderate Zuwachsraten sind bei den Unternehmensinvestitionen zu verzeichnen, während der Wohnungsbau deutlich schrumpft. Die Anpassung an den Märkten für Wohnimmobilien dürfte noch lange nicht ausgestanden sein.

So sind die Baugenehmigungen weiter rückläufig, und der Rückgang der Immobilienpreise, der sich unter anderem im Case-Shiller-Index ablesen lässt, hat sich zuletzt noch beschleunigt. Immerhin hat sich der Außenbeitrag infolge der Dollarabwertung etwas verbessert, und der Arbeitsmarkt ist in einer noch passablen Verfassung. Stützend dürften auch die fiskalpolitischen Maßnahmen wirken, wenngleich die Effekte nicht überbewertet werden sollten. So hat die Regierung massive Steuererleichterungen für Haushalte und Unternehmen in Höhe von rund 150 Milliarden US-Dollar beschlossen; dies entspricht etwa einem Prozent des Bruttoinlandsprodukts. In der derzeitigen Konstellation besteht aber durchaus die Gefahr, dass die Mittel zum Teil verpuffen, also nicht die erwünschte Zusatznachfrage auslösen, sondern zur Schuldentilgung oder zur Aufstockung der Ersparnisse genutzt werden.

Bei alledem hat sich die Zuversicht der privaten Haushalte in die weitere Entwicklung deutlich verschlechtert. Dazu haben auch die Preissteigerungen von inzwischen vier Prozent beigetragen. Pro Produktionseinheit wird in den USA mehr Energie eingesetzt als etwa im Euroraum, und Kraftstoffe werden nicht wie in Europa mit einer hohen Mengensteuer belegt, so dass der Anstieg der Ölpreise in stärkerem Maße durchschlägt. Darüber hinaus wird der Preisaufrtrieb vor allem durch den schwachen US-Dollar befördert. Aufgrund der anziehenden Inflation dürfte die Zeit der Zinssenkungen erst einmal vorbei sein. Insgesamt wird die Realwirtschaft mit Raten von 1,2 Prozent 2008 und 1,4 Prozent 2009 zulegen.

Lateinamerika mit starker Binnenkonjunktur

In den meisten Staaten Lateinamerikas dürfte sich die seit gut vier Jahren anhaltende Aufwärtsbewegung fortsetzen. Dabei haben sich die Triebkräfte vom Außenhandel allmählich auf die Binnenkomponenten der Nachfrage verschoben. Das hohe Wachstum der Exporte – auch im Zuge des Rohstoffbooms – hat leicht nachgelassen, und die Importe sind infolge der expandierenden Konsum- und Investitionsnachfrage deutlich gestiegen. Das Anziehen der Binnenkonjunktur mindert die Risiken eines Rückschlags, der wegen der starken Handelsverflechtungen mit den USA nicht auszuschließen ist. Allerdings ist die Region heute weit besser aufgestellt als noch in Zeiten früherer Krisen. Dafür sprechen in erster Linie die nach wie vor hohen Rohstoffpreise. Die Budgetsituation vieler Staaten hat sich erheblich verbessert. Damit bleibt Raum für fiskalische Maßnahmen zur Gegensteuerung. Mit den Leis-

tungsbilanzüberschüssen hat sich die Auslandsverschuldung reduziert, und Währungsreserven konnten in erheblichem Umfang akkumuliert werden. Dies alles spricht dafür, dass sich die positive Grundtendenz im Prognosezeitraum fortsetzt. Insgesamt wird die Wirtschaftsleistung der Region in diesem und im nächsten Jahr mit jeweils rund fünf Prozent wachsen.

Außenhandel als Achillesferse Japans

In Japan ist mit einer Fortsetzung der äußerst moderaten Aufwärtsentwicklung zu rechnen. Die wirtschaftliche Entwicklung wird dabei wesentlich vom Außenhandel und zu einem geringeren Teil von den Ausrüstungsinvestitionen der Unternehmen getragen. Zwar wird Japan bei einer schwächeren Nachfragedynamik der Industriestaaten getroffen; etwa ein Drittel der Exporte werden in die USA und den Euroraum geliefert. Jedoch ist der innerasiatische Markt mit einem Anteil von ungefähr 50 Prozent bedeutender. Solange die Schwellenländer Asiens dem konjunkturellen Abschwung in den USA trotzen, dürften die japanischen Exporte weiter zunehmen, wenngleich das Tempo der Expansion nachlassen wird. Der Außenhandel wird zur Achillesferse für den weiteren Verlauf, da der Yen unterbewertet ist. Dazu tragen Carry-Trade-Geschäfte bei: Spekulanten verschulden sich zu den niedrigen japanischen Zinsen und legen die Mittel in anderen Währungen höherverzinslich an.

Aber auch bei unveränderten Paritäten könnte Japan infolge einer langsameren Gangart der weltwirtschaftlichen Entwicklung kurzfristig durchaus bis in die Rezession abgleiten, weil die Binnennachfrage einen Ausfall kaum kompensieren kann. Dies gilt in erster Linie für den privaten Konsum, der rund 55 Prozent des Bruttoinlandsprodukts ausmacht. Der Fiskalpolitik sind bei einer Staatsverschuldung, die bei rund 170 Prozent des Bruttoinlandsprodukts liegt, weitgehend die Hände gebunden. Im wahrscheinlichen Szenario einer nur leichten Abkühlung des weltwirtschaftlichen Klimas dürfte das reale Wachstum im laufenden Jahr immerhin noch 1,5 Prozent erreichen. Im nächsten Jahr werden es dann 1,6 Prozent sein, auch weil sich die US-Konjunktur wieder etwas festigen wird.

China und Indien bleiben Wachstumstreiber

China und Indien bleiben im Prognosezeitraum wichtige Wachstumstreiber der Weltwirtschaft. Obwohl die Pro-Kopf-Einkommen noch relativ niedrig sind, entfallen auf die beiden Länder zusammen bereits heute rund 15 Prozent der gesamten Weltproduktion, wenn die Berechnung auf

Grundlage der Kaufkraftparitäten aus dem Jahr 2005 erfolgt. Dies entspricht etwa dem Anteil, der auf den Euroraum entfällt. Allerdings ist die Rolle Chinas und Indiens für das weltwirtschaftliche Wachstum ungleich größer.

Die wirtschaftliche Expansion in China ist besonders stark ausgeprägt. Im vergangenen Jahr wurden Zuwachsraten des realen Bruttoinlandsprodukts von über elf Prozent gemeldet. Damit hat das Wachstum das fünfte Jahr in Folge eine zweistellige Rate erreicht. Auch das Erdbeben in der Provinz Szechuan dürfte die Konjunktur nur kurzfristig beeinträchtigen. Der Wiederaufbau ist mit höheren Investitionsraten in Sachanlagen verbunden.

Gleichwohl hat die Dynamik zuletzt leicht nachgelassen. Insbesondere wurde die Exportdynamik durch die schwache US-Konjunktur etwas gedämpft. Allerdings wird das Wachstum im Wesentlichen vom privaten Konsum und den Investitionen der Unternehmen getragen. Diese beiden Komponenten machen zusammen weit über 80 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus. Im weiteren Verlauf dürfte dessen Zuwachs etwas abnehmen. Ein moderaterer Pfad ist politisch nicht unerwünscht, um der inzwischen hohen Inflation entgegenzuwirken und weiteren Überhitzungen vorzubeugen. Eine stärkere Aufwertung des Renmimbi könnte diese Ziele durchaus unterstützen und zum Abbau der weltwirtschaftlichen Ungleichgewichte beitragen.

In Indien wird das Tempo der wirtschaftlichen Expansion, das zuletzt bei einer Jahresrate von rund neun Prozent gelegen hat, im Prognosezeitraum allenfalls leicht nachlassen. Das Wachstum ist durch eine rege Konsum- und Investitionstätigkeit gekennzeichnet. Infolge der dynamischen Binnenkonjunktur übersteigen die Importe die Exporte; der Außenhandel liefert einen negativen Wachstumsbeitrag. Obwohl die Geldpolitik zunehmend restriktiver wird, wächst die Wirtschaft weiter deutlich über ihrem Potentialpfad, der bei ungefähr sechs Prozent zu veranschlagen ist. Dies hat zusammen mit den weltweiten Preissteigerungen bei Energie und Lebensmitteln die Inflation auf zweistellige Raten erhöht.

Russland profitiert von Rohstoffnachfrage

In Russland wird das Wachstum in erster Linie von der anhaltend hohen Exportnachfrage nach Rohstoffen und Energieträgern getrieben. Dadurch konnten die Löhne und Gewinne auch in realer Rechnung deutlich expandieren, so dass Konsum und Investitionen mit Raten von über

zehn Prozent gestiegen sind. Dies ist von einem Importboom begleitet, so dass der Überschuss in der Leistungsbilanz deutlich abgeschmolzen ist. Dabei spielt auch eine Rolle, dass die Exporte zum großen Teil in US-Dollar, die Importe jedoch in Euro abgerechnet werden. Die anziehenden Preise für Rohstoffe haben das staatliche Budget verbessert und die Mittel im Stabilisierungsfonds erhöht, in dem Einnahmen aus Ölverkäufen in vorwiegend ausländischen Wertpapieren angelegt sind. Die Steigerung der Nachfrage ist durch eine expansive Fiskalpolitik auch im Zuge der Präsidentschaftswahlen noch beschleunigt worden. Im laufenden und nächsten Jahr dürfte das Wachstumstempo eher etwas nachlassen und dann bei rund 6,5 Prozent zu veranschlagen sein.

Das Hauptrisiko für die Entwicklung besteht in einer merklichen Abkühlung der weltwirtschaftlichen Nachfrage und der steigenden Inflation, die inzwischen wieder zweistellig ist. Um eine stärkere Aufwertung des Rubel zu verhindern, hat die Notenbank am Devisenmarkt interveniert. Dadurch hat sich die Geldmenge enorm aufgebläht. Da der Staat weiter kräftig in unternehmerische Entscheidungen eingreift, sind die Investitionsquoten im Vergleich zu denen in anderen Schwellenländern gering.

EU-Länder in Mittel- und Osteuropa holen weiter auf

Die konjunkturelle Dynamik in den neuen Mitgliedsländern der EU fußt im Wesentlichen auf den Binnenkomponenten der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage. Dagegen liefert der Außenhandel im Allgemeinen einen negativen Beitrag. Die zunehmenden Anspannungen auf dem Arbeitsmarkt – insbesondere Engpässe beim Angebot an Fachkräften – haben zu deutlichen Lohnsteigerungen geführt, die den Konsum angeschoben haben. Die Investitionstätigkeit wird vor allem durch die zufließenden Direktinvestitionen und Strukturfondsmittel der EU unterstützt. Ausrüstungen und Bauten dürften auch künftig deutliche Zuwachsraten aufweisen. Eine Kreditverknappung insbesondere durch ausländische Banken im Zuge der Finanzkrise würde die Wachstumsperspektiven erheblich verschlechtern. Bei einer schwächeren Entwicklung würden die Währungen einiger Länder unter Druck geraten, und das Ausmaß der Auslandsverschuldung würde sich beträchtlich erhöhen.

Allerdings ist ein solches Szenario nicht sehr wahrscheinlich. Stattdessen ist mit einer Fortsetzung des konjunkturellen Aufschwungs zu rechnen. Dies gilt vor allem für Polen und Tschechien, aber auch für die Slowakei, die im nächsten Jahr

voraussichtlich dem Euroraum beitreten wird. In Ungarn ist die Periode des langsamen Wachstums noch nicht abgeschlossen. Hier wirkt die Kürzung der öffentlichen Konsum- und Investitionsausgaben noch nach. Die damit erzielte Konsolidierung der Staatsfinanzen sollte indes längerfristig das Wachstum wieder stabilisieren. Die baltischen Länder werden die hohen Zuwachsraten der letzten Jahre nicht mehr halten können. Die Inflation hat inzwischen zweistellige Werte erreicht und die Perspektiven für einen baldigen Beitritt zum Euroraum nachhaltig eingetrübt. Die Teuerung und Leistungsbilanzdefizite von weit über zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts stellen erhebliche Risiken für den Konjunkturverlauf im Baltikum dar.

Alles in allem dürfte das Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts in den neuen EU-Mitgliedsländern im laufenden Jahr bei 6,7 Prozent liegen. Im nächsten Jahr ist mit einer Abschwächung auf 5,6 Prozent zu rechnen. Im Durchschnitt werden somit höhere Wachstumsraten als in den alten Mitgliedsländern der EU erzielt; der Aufholprozess kommt auch bei den Pro-Kopf-Einkommen voran.

Euroraum: Starker Euro belastet Exporte

In den alten Mitgliedstaaten der EU und im Euroraum hat sich die wirtschaftliche Dynamik etwas abgekühlt. Zwar konnte das Bruttoinlandsprodukt im Quartalsvergleich zuletzt wieder stärker zulegen (0,7 Prozent). Dies ist aber wesentlich auf das starke Wachstum in Deutschland zurückzuführen. Der milde Winter mag dabei eine Rolle gespielt haben. Die Benelux-Staaten, Frankreich oder Österreich konnten ihre Dynamik im Vergleich zu den letzten Quartalen indes nicht in ähnlicher Weise steigern.

Auf eine künftig schwächere Expansion deuten in Westeuropa auch die Umfragedaten hin. So hat sich das Konsumentenvertrauen in den letzten Monaten merklich abgekühlt. Trotz einer mehrjährigen Aufwärtsentwicklung, die in erheblichem Umfang neue Arbeitsplätze geschaffen hat, werden die künftigen Beschäftigungsperspektiven zunehmend pessimistischer beurteilt. Auch die Einschätzung des Preisauftriebs spielt eine wichtige Rolle. So haben sich die Lebenshaltungskosten im Euroraum zuletzt um 3,7 Prozent erhöht. Die Inflation liegt damit erheblich über der Obergrenze, die aus Sicht der Europäischen Zentralbank noch mit dem Ziel der Preisstabilität vereinbar ist (Kasten 2). Die Lebensmittelpreise haben indes mit über sechs Prozent noch weitaus stärker zugelegt. Steigerungen in diesem Bereich werden von den Verbrauchern eher wahrgenom-

Kasten 2

Geldpolitik: Moderate Zinserhöhungen geboten

Die Wiederkehr der Inflation stellt die Geldpolitik in den Industrieländern vor neue Herausforderungen. Hatte man in den letzten Jahren vom inflationsbremsenden Effekt der Globalisierung profitiert, führt die steigende Nachfrage aus den Schwellenländern nun zu einer höheren und importierten Inflation. Dies führt insgesamt zu einem Preisauftrieb, der mit dem Stabilitätsziel nicht mehr vereinbar ist. Länder mit höheren Inflationsraten haben im Durchschnitt geringere Wachstumsraten von Produktion und Beschäftigung, so dass die Notenbanken gut beraten sind, auf die Entwicklung zu reagieren.

Allerdings besteht bei einem restriktiven Eingreifen der Geldpolitik die Gefahr, dass die Binnenkonjunktur gedämpft wird, ohne einen nennenswerten Abbau der im Wesentlichen extern bedingten Inflation zu erreichen. Gleichwohl sollte für die Notenbanken die Zeit der Zinssenkungen definitiv vorbei sein. Moderate Zinserhöhungen können helfen, eine hausgemachte Teuerung zu begrenzen und die Inflation im Zaum zu halten. Die Notenbanken sollten ihr Handeln in jedem Fall stärker international koordinieren, um unerwünschte Nebenwirkungen bei den Wechselkursen zu vermeiden.

men, weil die entsprechenden Güter häufig gekauft werden.

Die wirtschaftliche Entwicklung ist in der Region uneinheitlich. Während die Konjunktur in kleineren Ländern wie den Benelux-Staaten, Schweden und Österreich etwas dynamischer ist, verläuft sie in Frankreich und Spanien verhaltener. In Italien dürfte sich nur ein sehr bescheidenes Wachstum einstellen. Neben einer schwachen Binnenkonjunktur spielt hier eine Rolle, dass das Land auf den Exportmärkten weit weniger günstig als zum Beispiel Deutschland aufgestellt und daher von der Aufwertung des Euro stärker betroffen ist. In Irland, dem Vereinigten Königreich und

in Spanien bestehen zusätzliche Risiken, weil diese Länder in besonderem Maße vom Boom der Immobilienpreise profitiert haben und nun von einem Rückschlag besonders betroffen sein könnten. Auch in Dänemark dürfte sich eine Enttäuschung in Form einer schwächeren Bauinvestitionstätigkeit zeigen. Von den Ländern, die sich noch im wirtschaftlichen Aufholprozess befinden, dürften nur Griechenland und insbesondere Slowenien ein stärkeres Wachstum aufweisen. Portugal kommt über den westeuropäischen Wachstumsdurchschnitt nicht hinaus.

Insgesamt dürfte das Wachstum in der Region in diesem Jahr bei 1,8 Prozent liegen. Für das

Tabelle 2

Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in Deutschland

	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)	1,1	0,8	2,9	2,5	2,7	1,2
Erwerbstätige im Inland (1 000 Personen)	38 883	38 846	39 089	39 764	40 220	40 335
Erwerbslose, ILO (1 000 Personen)	4 160	4 573	4 250	3 602	3 308	3 306
Arbeitslose, BA (1 000 Personen)	4 387	4 861	4 487	3 776	3 437	3 442
Erwerbslosenquote ² , ILO (in Prozent)	9,7	10,6	9,8	8,3	7,6	7,6
Arbeitslosenquote ² , BA (in Prozent)	10,3	11,4	10,6	8,7	7,9	7,9
Verbraucherpreise ³ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)	1,7	1,6	1,6	2,3	2,7	2,2
Lohnstückkosten ⁴ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)	-0,4	-0,7	-1,1	0,5	0,4	0,7
Finanzierungssaldo des Staates ⁵						
In Milliarden Euro	-83,6	-75,6	-37,3	0,2	7,3	7,7
In Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts	-3,8	-3,4	-1,6	0,0	0,3	0,3
Leistungsbilanzsaldo (in Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts)	4,7	4,9	5,9	7,5	7,3	6,5

¹ In Preisen des Vorjahres.

² Bezogen auf die inländischen Erwerbspersonen.

³ Verbraucherpreisindex.

⁴ Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in Preisen des Vorjahres je Erwerbstätigen.

⁵ In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG).

Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen; Berechnungen des DIW Berlin, 2008 und 2009: Prognose des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

nächste Jahr ist mit einer Abschwächung auf 1,4 Prozent zu rechnen. Darin macht sich vor allem die Aufwertung des Euro bemerkbar, die erst nach und nach in einer nachlassenden Exportdynamik sichtbar wird. Diese kann wegen der oft nur schwachen Entwicklung der Binnenkräfte nicht kompensiert werden.

Deutschland: Investitionen stark – Konsum hinkt weiter nach

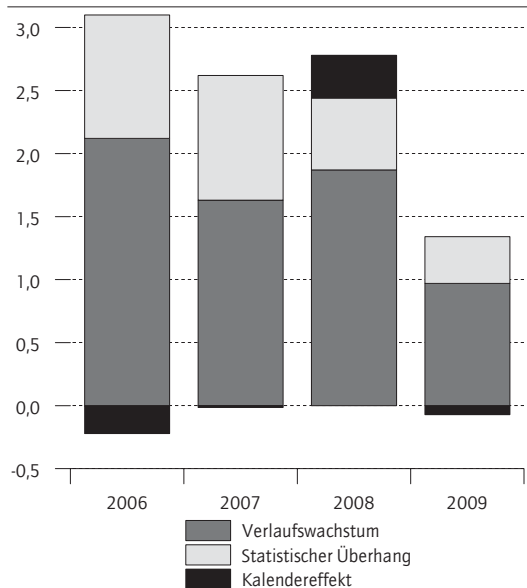
Die deutsche Volkswirtschaft befindet sich zur Jahresmitte 2008 trotz eines ungünstigeren weltwirtschaftlichen Umfeldes weiterhin in einer robusten Verfassung. Für das laufende Jahr prognostiziert das DIW Berlin ein Wirtschaftswachstum von 2,7 Prozent. Im kommenden Jahr wird ein Zuwachs von 1,2 Prozent erwartet (Tabelle 2, Kasten 3). Der in diesen Jahreswachstumsraten ausgewiesene Rückgang des gesamtwirtschaftlichen Expansionstempos ist jedoch durch einige Sonderfaktoren stark überzeichnet. So gehen fast 0,4 Prozentpunkte allein auf den Kalendereffekt zurück (Abbildung 1). Bereinigt um die Zahl der Arbeitstage ergeben sich Wachstumsraten von knapp 2,4 Prozent in diesem und gut 1,2 Prozent im nächsten Jahr. Des Weiteren verzerrt der sprunghafte Anstieg der wirtschaftlichen Leistung im ersten Quartal des laufenden Jahres das Konjunkturbild, das sich in Jahreswachstumsraten nur unzureichend erfassen lässt. Verschiebt man die Jahresabgrenzung um ein Quartal nach vorne, so ergäben sich kalenderbereinigte Wachstumsraten von 1,9 (Zeitraum vom 2. Quartal 2008 bis zum 1. Quartal 2009) beziehungsweise von 1,5 Prozent für die folgenden vier Quartale. Die Wachstumsdynamik im Prognosezeitraum bleibt insgesamt erhalten, auch wenn sich der äußerst kräftigen Expansion im ersten Quartal des laufenden Jahres – der annualisierte Zuwachs von 6,3 Prozent markiert den höchsten Zuwachs seit zwölf Jahren – im weiteren Jahresverlauf zunächst eine Wachstumsverlangsamung anschließt. Diese spiegelt wider, dass der zum Jahresauftakt realisierte Produktionsanstieg die Produktionsmöglichkeiten überspannt hat. Deshalb muss zunächst ein weiterer Kapazitätsaufbau erfolgen, bevor die deutsche Wirtschaft wieder entlang ihrer Potentialrate von etwa 1,7 Prozent weiterwachsen kann (Kasten 4 und Kasten 5). Nach der hier vorgelegten Vorausschau wird diese Potentialrate zur Jahresmitte 2009 wieder erreicht.

Nachfrageseitig wird das Wachstum – anders als im Vorjahr – in diesem Jahr in erster Linie von der Binnennachfrage getragen (Abbildung 2 und Tabelle 3). Demgegenüber schwächen sich

Abbildung 1

Technische Zerlegung der Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts

In Prozentpunkten



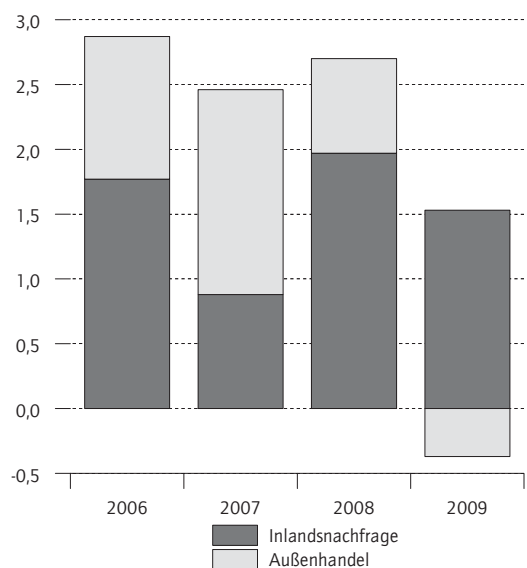
Quelle: Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

Abbildung 2

Beiträge zum Wachstum des Bruttoinlandsprodukts

In Prozentpunkten



Quelle: Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

die Impulse aus dem Außenhandel spürbar ab. Im laufenden Jahr halbiert sich der außenwirtschaftliche Wachstumsbeitrag, und im Folgejahr ist zum ersten Mal seit sechs Jahren wieder mit

Kasten 3

Annahmen der Prognose

Die wichtigsten Annahmen der vorliegenden Prognose bis Ende 2009 zeigt die Tabelle. Es wurden die tatsächlichen Werte bis Mai 2008 berücksichtigt.

	2007	2008	2009
Ölpreis (US-Dollar/Barrel)	71	118	130
Wechselkurs (US-Dollar/Euro)	1,36	1,5	1,5
Welthandel (Wachstum in Prozent)	7,5	5,8	6
Weltwirtschaft (Wachstum in Prozent)	3,8	2,9	3
Leitzinssatz der EZB	3,85	4,0/4,3 ¹	4,5
Leitzinssatz der US-Notenbank	5,05	2,0/2,2 ²	2,5

¹ Anhebung in zwei Schritten um je 25 Basispunkte in der zweiten Jahreshälfte.

² Anhebung um 25 Basispunkte in der zweiten Jahreshälfte.

DIW Berlin 2008

einem dämpfenden Effekt aus dem Außenhandel zu rechnen. Im Inland sind es in diesem Jahr die investiven Komponenten – allen voran die Ausrüstungsinvestitionen –, von denen der kräftigste Nachfragesog ausgeht. In der zweiten Hälfte des Prognosezeitraums tritt dann zunehmend der private Verbrauch an die Stelle des binnenwirtschaftlichen Impulsgebers.

Auf dem Arbeitsmarkt lassen die Expansionskräfte im Verlauf des Prognosezeitraums deutlich

Tabelle 3

Beiträge der Nachfragekomponenten zum Anstieg des Bruttoinlandsprodukts¹

In Prozentpunkten

	2006	2007	2008	2009
Konsum	0,7	0,1	0,7	1,0
Privater Verbrauch	0,6	-0,3	0,5	0,8
Staatsverbrauch	0,2	0,4	0,3	0,2
Bruttoanlageinvestitionen	1,1	0,9	1,0	0,5
Ausrüstungen	0,6	0,6	0,7	0,3
Bauten	0,4	0,2	0,3	0,1
Sonstige Anlagen	0,1	0,1	0,1	0,1
Lagerveränderungen	0,0	-0,1	0,2	0,1
Inlandsnachfrage	1,8	0,9	2,0	1,5
Außenhandel	1,1	1,6	0,7	-0,4
Ausfuhr	5,1	3,5	3,6	2,6
Einfuhr	-4,0	-1,9	-2,8	-2,9
Bruttoinlandsprodukt²	2,9	2,5	2,7	1,2

¹ In Preisen des Vorjahres; Abweichungen in den Summen sind rundungsbedingt.

² Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin; 2008 und 2009: Prognose des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

nach. Während im laufenden Jahr noch mit einem deutlichen Beschäftigungsaufbau gerechnet werden kann, durch den sich die Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt um 300 000 Personen gegenüber dem Vorjahr verringert, genügt der stark

Kasten 4

Schätzung der Trendwachstumsrate

Der mittel- bis langfristige Wachstumspfad in einer Volkswirtschaft lässt sich mit einer Vielzahl empirischer Verfahren abschätzen. Je nach angewandter Methode kann man dabei durchaus verschiedene Ergebnisse erhalten. Insgesamt sind die Differenzen in der Wachstumsrate nicht allzu hoch. Dies bedeutet indes nicht, dass die Unterschiede vernachlässigbar wären. Wenn zum Beispiel die jährliche Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts im Mittel bei 1,5 Prozent liegt, würde es rein rechnerisch über 45 Jahre dauern, bis sich die realen Einkommen verdoppelt haben. Bei einer Wachstumsrate von zwei Prozent würde diese Zeitspanne nur noch 35 Jahre betragen. Dies unterstreicht die Vordringlichkeit von wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die darauf abzielen, die Auftriebskräfte nachhaltig zu stimulieren, um auf diese Weise ein höheres Trendwachstum zu realisieren.

Das DIW Berlin verwendet zur Abschätzung der längerfristigen Wachstumsperspektiven das makroökonomische Mehrländermodell IMM. Das Modell ist auf kurze Sicht nachfragegetrieben. Auf lange Sicht sorgen

jedoch Anpassungen bei Güter- und Faktorpreisen dafür, dass sich Angebot und Nachfrage aufeinanderzubewegen. Die Angebotsseite ist durch eine Cobb-Douglas-Produktionsfunktion mit Arbeit und Kapital als Inputfaktoren und exogenem technischem Fortschritt spezifiziert. Die empirisch geschätzten Anpassungsgeschwindigkeiten implizieren, dass ein fiktives Gleichgewicht erst nach einem langen Zeitraum erreicht wird, weil die Lohn- und Preisanpassungen sehr langsam erfolgen.

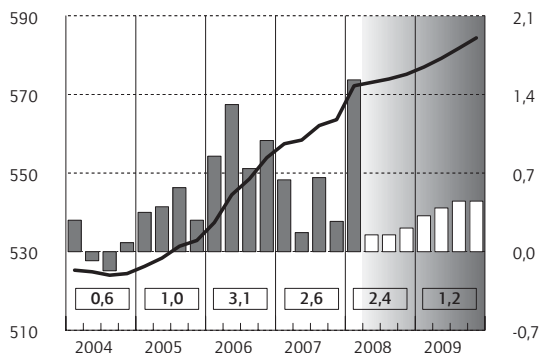
Auf Basis dieser Rechnung ist nach fünf Jahren mit Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts in Höhe von knapp zwei Prozent zu rechnen. Das Wachstum ist damit etwas höher als der Wert, der sich bei alleiniger Betrachtung der Produktionsfunktion ergeben würde (1,7 Prozent). Entsprechend dürfte die mittelfristige Wachstumsrate in Deutschland im Bereich zwischen 1,7 und 2,0 Prozent anzusiedeln sein. Im Zuge des aktuellen Aufschwungs hat sich die Rate leicht erhöht, sie liegt zum Beispiel über dem Durchschnitt der letzten Dekade. Dies dürfte nicht zuletzt auch eine Folge der durchgeführten Reformen am Arbeitsmarkt sein (Kasten 5).

Abbildung 3

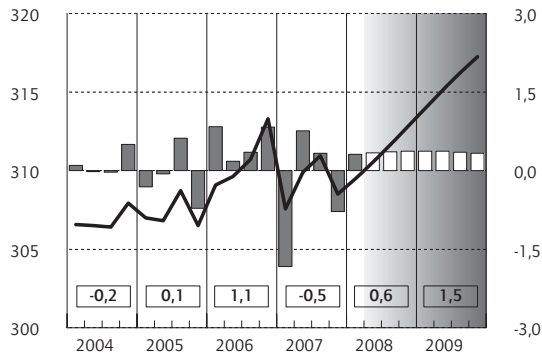
Bruttoinlandsprodukt und wichtige Komponenten

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf

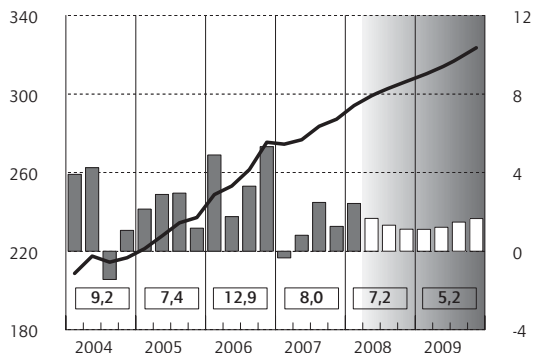
Bruttoinlandsprodukt



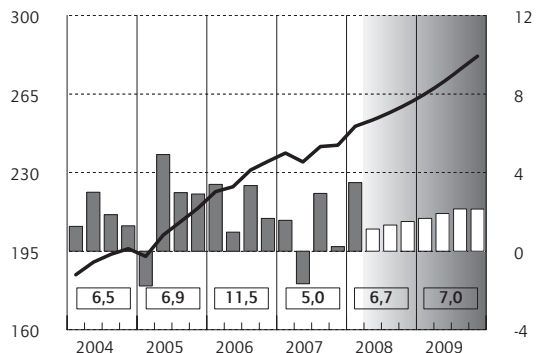
Konsumausgaben der privaten Haushalte



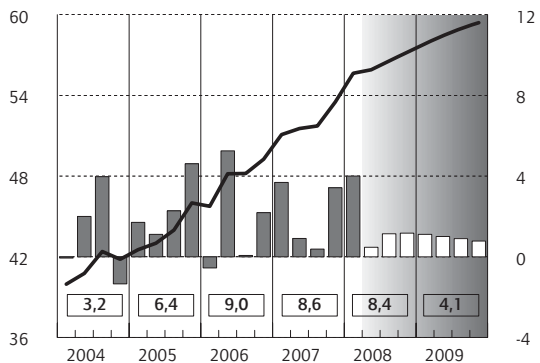
Exporte



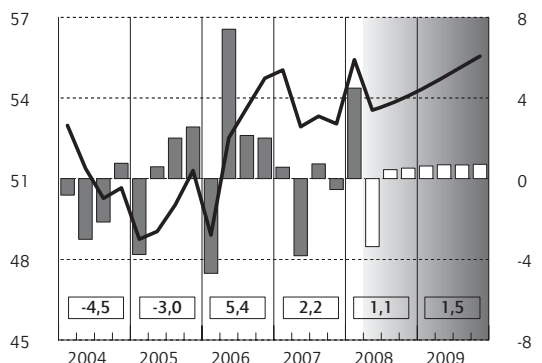
Importe



Ausrüstungsinvestitionen



Bauinvestitionen



— Verkettete Volumenangaben in Milliarden Euro (linke Skala)
 ■ Veränderung gegenüber dem Vorjahr¹ in Prozent (rechte Skala)
 □ Kalenderbereinigte Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent

¹ Auf Jahresraten hochgerechnet.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

nachlassende Beschäftigungsaufbau im Folgejahr gerade, um den leichten Zuwachs des Erwerbspersonenpotentials auszugleichen, so dass insgesamt im Jahr 2009 die Arbeitslosenzahl kaum geringer sein wird als in diesem Jahr.

Exporte: Deutschland profitiert von seiner Investitionsgüterindustrie

Die Exportwirtschaft bleibt auch unter ungünstigeren weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen eine wichtige Stütze der deutschen Konjunktur.

Kasten 5

Institutionelle Determinanten der Trendwachstumsrate

Die Bestimmung der trendmäßigen Wachstumsrate lässt die Frage nach ihren Determinanten unbeantwortet, die jedoch für die Wirtschaftspolitik von großem Interesse wäre. Das langfristige Wachstum hängt von der Akkumulation der Inputfaktoren und dem technischen Fortschritt ab. Dieser wird in den üblichen Schätzverfahren, die einer Produktionsfunktion zugrunde liegen, als konstante Veränderungsrate der totalen Faktorproduktivität angenommen und nicht näher erklärt. In der ökonomischen Realität ist diese zentrale Größe jedoch gerade nicht unveränderbar, sondern kann durch wirtschaftspolitische Maßnahmen beeinflusst werden. Außerdem ist die Ableitung der totalen Faktorproduktivität als statistische Restgröße nicht befriedigend, da in diesem Fall alle unspezifizierten Einflüsse mit aufgenommen werden.

Zur Messung des Wachstumserfolgs werden die Wachstumsraten des Pro-Kopf-Einkommens in verschiedenen Ländern und alternativ die jeweiligen Investitionsquoten (Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt) herangezogen. Länder mit einer höheren Investitionsquote weisen in der Regel ein stärkeres Wachstum auf.

Mit Hilfe ökonomischer Untersuchungen wird überprüft, inwieweit der Wachstumstrend in einer Volkswirtschaft vom institutionellen Design bestimmt wird. Dieses umfasst die Rahmenbedingungen, innerhalb derer die wirtschaftliche Aktivität stattfindet. Dazu hat insbesondere die OECD in den letzten Jahren eine Reihe von international vergleichbaren Indikatoren entwickelt, die den Grad der Regulierung an den Güter- und Faktormärkten messen sollen. Da sich Institutionen nur langsam ändern und deshalb relativ wenig Variation zeigen, kann die Betrachtung einzelner Länder allerdings nur verzerrte Ergebnisse liefern. Daher werden hier Querschnitts- und Panelmodelle auf der Ebene der EU-Mitgliedstaaten spezifiziert. Da die Finanzmärkte vergleichsweise weitgehend liberalisiert sind, konzentriert

sich die Analyse auf die Regulierung an den Produkt- und Arbeitsmärkten.

Für die Institutionen steht eine Reihe von Indikatoren zur Verfügung. So wird die Regulierung an den Arbeitsmärkten durch Variablen wie die Stärke des Kündigungsschutzes, Steuerbelastung und Abgaben, Transfers, Gewerkschaftsdichte und Zentralität der Lohnverhandlungen erfasst. Für die Produktmärkte spielt unter anderem eine Rolle, wie leicht neu gegründeten Unternehmen der Marktzutritt fällt, in welchem Umfang bürokratische Anforderungen zu erfüllen sind und wie stark öffentliche Unternehmen Angebot und Nachfrage an den entsprechenden Märkten bestimmen.

Die einzelnen institutionellen Indikatoren sind oft hoch miteinander korreliert, so dass die Schätzungen der Regressionsparameter relativ unpräzise wären. Daher werden aggregierte Indikatoren bevorzugt. Für die Produktmärkte wird der OECD-Index für den Grad der Regulierung in Netzwerkindustrien (Energie, Transport und Kommunikation) herangezogen. Für die Arbeitsmärkte sind aggregierte Indikatoren nicht in gleicher Weise verfügbar. Stattdessen wird ein Index konstruiert, der der gemeinsamen Komponente verschiedener Aspekte des Regulierungsgeschehens entspricht. Der Index wird aus der Stärke des Kündigungsschutzes, Abgabenbelastung, Höhe und Bezugsdauer der Lohnersatzleistungen, Gewerkschaftsdichte und Zentralität der Lohnverhandlungen abgeleitet und im Rahmen einer Faktoranalyse extrahiert.

Der Untersuchung liegen Jahresdaten für den Zeitraum von 1980 bis 2003 zugrunde. Aus Gründen der Datenverfügbarkeit werden nur die alten EU-Länder mit Ausnahme von Dänemark und Griechenland einbezogen. Luxemburg ist zusammen mit Belgien erfasst. Um die Robustheit der Ergebnisse einschätzen zu können, wird der institutionelle Einfluss anhand von zwei Modellspezifikationen überprüft. Zum einen wird in einer Quer-

Tabelle

Institutionen, Einkommenswachstum und Investitionsquote

	Einkommenswachstum (Querschnittsanalyse) ¹		Investitionsquote (Panelanalyse) ²	
	In Prozent	t-Werte	In Prozent	t-Werte
Produktmarktregulierung	-0,739	-2,26	-0,245	-5,04
Arbeitsmarktregulierung	-0,079	-1,93	-0,074	-2,94
Anfangseinkommen	-0,337	-2,28	-	-
Bestimmtheitsmaß ³	0,36	-	0,59	-

¹ Irland ist als Ausreißer eliminiert.

² Mit festen länderspezifischen Effekten. Irland spielt keine Rolle, da die Investitionen mit den hohen Zuwächsen des Bruttoinlandsprodukts mithalten konnten.

³ Um Freiheitsgrade bereinigt.

Quelle: Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

schnittsanalyse die durchschnittliche Wachstumsrate der Pro-Kopf-Einkommen erklärt. Diese wird entsprechend der Konvergenzhypothese auf das Anfangseinkommen regressiert. Sofern dieses einen negativen Einfluss zeigt, wachsen arme Länder im Schnitt schneller als reiche, so dass sich eine internationale Annäherung der Pro-Kopf-Einkommen ergibt. Zusätzlich werden die institutionellen Indikatoren des Anfangsjahres aufgenommen. Damit wird geprüft, ob diese Größen geeignet sind, das spätere Wachstum zu erklären. Zum anderen wird ein Panelmodell geschätzt, in dem die Entwicklung der Investitionsquote auf die institutionellen Variablen zurückgeführt wird. Dabei wird die Heterogenität, die zwischen den Ländern besteht, durch die Hereinnahme von festen Effekten approximiert. Die Ergebnisse sind in der Tabelle zusammengestellt.

Die Variablen erweisen sich alle als signifikant. Allerdings bleibt in den Regressionen ein beträchtlicher Teil der Wachstumsschwankungen unerklärt. Dies gilt insbesondere für den Querschnittsansatz, in dem das Bestimmtheitsmaß nur bei 36 Prozent anzusiedeln ist. Darüber hinaus liefern das Anfangseinkommen beziehungsweise die länderspezifischen Effekte den weitaus höchsten Erklärungsbeitrag. Die Ergebnisse deuten jedoch auch an, dass das institutionelle Design ebenfalls Einfluss auf das Wachstum haben kann. So zeigt die Querschnittsanalyse, dass diejenigen Länder, die zu Beginn der 80er Jahre stärker dereguliert waren, sich bis 2003 im Durchschnitt besser entwickelt haben. Die Panelanalyse deutet in eine ähnliche Richtung, dass nämlich Länder mit geringerem Regulierungsgrad attraktiver für Investitionen sind.

Im laufenden Jahr reicht die prognostizierte Wachstumsrate von 7,6 Prozent nahezu an das Vorjahresniveau heran. Im kommenden Jahr verringert sich die Expansion des Ausfuhrvolumens auf 5,2 Prozent. Bei einem Zuwachs des globalen Handels um sechs Prozent in beiden Jahren beinhaltet die hier vorgelegte Prognose, dass die deutschen Exporteure ihre Weltmarktanteile halten können. Der unterjährige Verlauf der Exportentwicklung (Abbildung 3) macht deutlich, dass die weltwirtschaftliche Abschwächung den deutschen Außenhandel allerdings nicht unberührt lässt. Mit der erwarteten Erholung des weltwirtschaftlichen Wachstums in der zweiten Hälfte des Prognosezeitraums zieht dann aber auch die Nachfrage nach deutschen Produkten wieder an. Dass die deutsche Exportwirtschaft auch in einem schwächeren weltwirtschaftlichen Umfeld deutliche Zuwachsraten verzeichnen kann, ist in erster Linie ihrem Produktportfolio zu verdanken. Dieses trifft auf eine Weltnachfrage, die insbesondere durch den Investitionsbedarf in den aufstrebenden Volkswirtschaften gekennzeichnet ist. Darüber hinaus können technologisch führende Anbieter auch von den sich verknappenden Rohstoff- und Energievorräten profitieren. In dem Maße, wie steigende Rohstoff- und Energiepreise nicht als vorübergehende Übertreibung an den Märkten wahrgenommen werden, sondern als Signal für eine dauerhafte Veränderung relativer Preise für knapper werdende Ressourcen gelten können, werden energie- und rohstoffsparende Technologien zunehmend wettbewerbsfähig. Während der Rohstoffpreisanstieg weltweit alle Anbieter in gleicher Weise trifft und insofern wettbewerbsneutral wirkt, ermöglichen technologische Vorsprünge die Erschließung neuer Absatzmärkte.

Die Aufwertung des Euro dämpft zwar den weltweiten Rohstoffpreisanstieg für Produzenten innerhalb der Eurozone etwas, gleichwohl wirkt sich der höhere Außenwert der Währung mit einiger Verzögerung per Saldo negativ auf die preisliche Wettbewerbsfähigkeit aus. Allerdings geht die Wechselkursabhängigkeit des Außenhandels aufgrund einer zunehmend weltweit verteilten Wertschöpfungsstruktur mehr und mehr zurück. Darüber hinaus ist die Lohnstückkostentwicklung immer noch günstig und damit die hausgemachte Inflation in Deutschland relativ gering. Dies wirkt der nominalen Euro-Aufwertung entgegen und stärkt die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Exporteure.

Importe folgen Binnenkonjunktur

Das Expansionstempo der Importe nimmt in diesem Jahr deutlich zu. Mit einem Zuwachs von 7,1 Prozent wachsen die Einfuhren fast so stark wie die Ausfuhren. In nominaler Rechnung beträgt der Zuwachs 9,5 Prozent. In dem zugrundeliegenden Importpreisanstieg von 2,2 Prozent kommt insbesondere die höhere Energieimportrechnung in diesem Jahr zum Ausdruck, die im laufenden Jahr auch nicht mehr durch Aufwertungseffekte wie im Vorjahr gedämpft wird. Das anziehende Expansionstempo des Importvolumens spiegelt vor allem die sich wieder belebende Entwicklung der Binnennachfrage wider und bleibt daher auch im kommenden Jahr erhalten. Durch die deutlich kräftigere nominale Expansion der Einfuhren gegenüber den Ausfuhren bildet sich der Außenbeitrag – ausgehend von einem Anteil am Bruttoinlandsprodukt von sieben Prozent im Jahr 2007 – im Prognosezeitraum auf

Kasten 6

Nimmt das Erwerbspersonenpotential in Deutschland ab?

In letzter Zeit wird immer wieder behauptet, dass im gegenwärtigen Aufschwung die Arbeitslosigkeit auch deshalb zurückgeht, weil das Erwerbspersonenpotential schrumpft.¹ Folgt man der amtlichen Bevölkerungsfortschreibung, so sinkt in der Tat die Zahl derjenigen Einwohner in Deutschland, die gemeinhin als Personen im erwerbsfähigen Alter angesehen werden – sei es, dass man darunter die Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren versteht oder diejenigen im Alter von 20 bis 64 Jahren. In beiden Altersgruppen sinkt die Bevölkerungszahl, aber nicht erst seit Beginn des gegenwärtigen Aufschwungs, sondern schon seit Jahren (Abbildung 1). Nicht so recht ins Bild passen dagegen die Schätzungen der jüngsten koordinierten Bevölkerungsvorausschau für Deutschland, die auf Daten des Jahres 2005 beruhen. Danach müsste in den mittleren und als besonders wahrscheinlich angesehenen Prognosevarianten die Zahl der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter bis zum Jahr 2010 in etwa konstant bleiben und erst danach mehr und mehr sinken.² Einen demografisch bedingten Rückgang des Erwerbspersonenpotentials dürfte es also demnach noch nicht geben.

Grundsätzlich bestehen allerdings große Zweifel, ob die amtliche Bevölkerungsstatistik überhaupt noch die Realität widerspiegelt. Deutschland ist eines der wenigen Länder, das über keine halbwegs aktuellen Ergebnisse einer umfrage- oder auch nur registergestützten Volkszählung verfügt. Nur auf einer solchen Basis ließe sich eine hinreichend fundierte Bevölkerungsfortschreibung aufbauen. Wie groß die Probleme sind, kann man beispielhaft anhand der statistischen Erfassung der ausländischen Bevölkerung sehen. So kam es nach der letzten Volkszählung von 1987 bei den Zahlen zu diesem Bevölkerungsteil zu massiven Revisionen. Und im Jahr 2004 wurde eine statistische Bereinigung des Ausländerzentralregisters durchgeführt, in deren Folge die Zahl der ausländischen Bevölkerung in Deutschland um immerhin rund 600 000 gesenkt wurde.³ Die Bevölkerungsstatistik in Deutschland befindet sich offenbar seit Jahren in einem Blindflug, was aber nicht an den statistischen Ämtern, sondern an der Politik liegt, die sich

¹ Vgl. u. a. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (Hrsg.): Folgen der US-Immobilienkrise belasten Konjunktur. Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2008, 48 ff. (als Manuskript vervielfältigt). Die Autoren stützen sich dabei auf Schätzungen von: Bach, H.-U., Gartner, H., Klinger, S., Rothe, T., Spitznagel, E.: Arbeitsmarkt 2008 – Der Aufschwung lässt nach. IAB-Kurzbericht Nr. 3/2008.

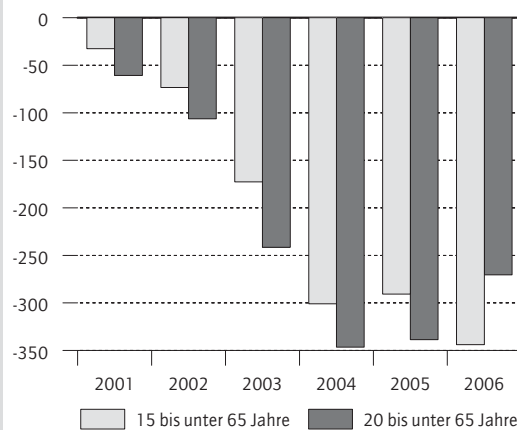
² Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung – Annahmen und Ergebnisse. Wiesbaden 2006. Als Erwerbspersonenpotential werden dabei die Personen im Alter von 20 bis 65 Jahren angesehen. In der mittleren Variante soll deren Zahl im Jahr 2010 zwischen 50,038 Millionen („untere Grenze“) und 50,160 Millionen („obere Grenze“) liegen. Ende 2005 waren es in der Altersgruppe 50,082 Personen. Das Erwerbspersonenpotential bliebe also in etwa konstant.

³ Vgl. Statistisches Bundesamt: Fachserie 1, Reihe 2: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Ausländische Bevölkerung sowie Einbürgerungen 2004. Wiesbaden 2005.

Abbildung 1

Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in 1 000 Personen



Quellen: Statistisches Bundesamt;
Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

über viele Jahre gewiegt hat, der amtlichen Statistik die nötigen Instrumente zur Verfügung zu stellen, um die für einen Staat grundlegende statistische Größe – die Zahl seiner Einwohner – zu ermitteln.⁴

Das Erwerbspersonenpotential hängt allerdings nicht nur von der Bevölkerung und deren Altersstruktur ab, sondern auch von der Erwerbsbereitschaft. Diese hat sich im Laufe der letzten Jahrzehnte erheblich verändert – nicht zuletzt deshalb, weil die Erwerbsneigung der Frauen gestiegen ist. In die entgegengesetzte Richtung wirkt, dass die jüngeren Jahrgänge länger im Bildungssystem bleiben und deshalb im Schnitt dem Arbeitsmarkt später zur Verfügung stehen. Allerdings gibt es nicht wenige, die neben Schule und Studium arbeiten. Ferner gibt es einen deutlichen Trend dahingehend, dass die Älteren länger im Erwerbsleben bleiben – was nicht zuletzt damit zusammenhängt, dass sie besser qualifiziert sind als die Alterskohorten der Älteren vor ihnen. All diese Tendenzen lassen sich auch für kurze Zeiträume anhand einschlägiger Bevölkerungsumfragen erfassen – aber nur grob, so dass sie für eine Konjunkturbeobachtung nicht tauglich sind. Zudem hängt das Erwerbsverhalten auch von der Konjunktur selbst ab, denn manche Personen, die angesichts einer ungünstigen Beschäftigungslage dem Arbeitsmarkt fernbleiben, werden bei einem Beschäftigungsaufschwung wieder nach einem Arbeitsplatz suchen.

⁴ Geplant ist nun eine registergestützte Volkszählung. Es bleibt zu hoffen, dass sie hinreichend genaue Informationen über die Zahl der Einwohner in Deutschland liefert und somit die Datenbasis für die Bevölkerungsfortschreibung verbessert.

Angesichts dieser vielfältigen Einflussfaktoren kann man versuchen, nähere Aufschlüsse durch einen Vergleich der Arbeitslosenstatistik der Bundesagentur für Arbeit und der Erwerbstätigenrechnung des Statistischen Bundesamtes zu gewinnen. Die Daten zeigen, dass die Zahl der Arbeitslosen zu Beginn des gegenwärtigen Aufschwungs stärker zurückgegangen ist, als die Zahl der Erwerbstätigen zunahm. Das könnte dahingehend gedeutet werden, dass die Zahl der Erwerbspersonen gesunken ist. Seit Anfang letzten Jahres zeigt sich dies aber nicht mehr sondern eher das Gegenteil (Abbildung 2). Allerdings ist ein solcher Vergleich problematisch, denn es gibt eine aktuell nicht näher bekannte Schnittmenge von Personen, die in beiden Zahlenwerken auftauchen. Diese Personen sind als arbeitslos registriert und gehen gleichzeitig einer Erwerbstätigkeit nach. Um diesen Personenkreis zu bestimmen, hatte das Statistische Bundesamt zeitweilig eine Telefonumfrage nach dem Erwerbstätigkeitskonzept der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) durchführen lassen. Diese Aufgabe haben die Erhebungen im Rahmen des Mikrozensus übernommen, die inzwischen unterjährig durchgeführt werden. Nach den Angaben des Mikrozensus ist in den letzten Monaten die Erwerbsbeteiligung gestiegen. Im April waren es 40 000 mehr als im Vorjahresmonat, im März 30 000.

Ob der Mikrozensus hinsichtlich der Erwerbsbeteiligung und deren Entwicklung hinreichend genaue Daten ausweist, ist eine offene Frage. Generell geht es darum, ob die amtliche Statistik überhaupt in absehbarer Zeit verlässliche Daten über die Bevölkerungszahl und auch über das Erwerbspersonenpotential in Deutschland liefern

6,8 Prozent (2008) und sechs Prozent (2009) zurück. Der außenwirtschaftliche Wachstumsbeitrag, der im laufenden Jahr noch mit 0,7 Prozentpunkten positiv zu Buche schlägt, wandelt sich im kommenden Jahr zu einem negativen Wert von 0,4 Prozentpunkten.

Investitionen: Ausrüstungen als Wachstumstreiber

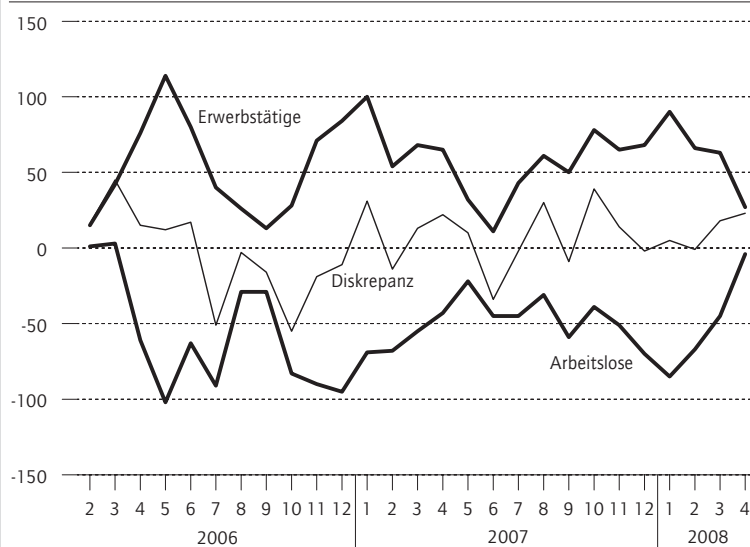
Die Bruttoanlageinvestitionen wachsen in diesem Jahr um 5,6 Prozent (2007: 5 Prozent).¹ Im kommenden Jahr schwächt sich das Expansionstempo auf 2,6 Prozent ab. Obwohl weniger als 20 Prozent der Wirtschaftsleistung investiv verwendet werden, absorbieren die Anlageinvestitionen in beiden Prognosejahren etwa 40 Prozent des gesamten heimischen Produktionsanstiegs. Für die

¹ In kalenderbereinigter Rechnung ergibt sich jedoch bereits in diesem Jahr ein leichter Wachstumsrückgang.

Abbildung 2

Erwerbstätige und Arbeitslose¹

Veränderung gegenüber dem Vormonat in 1 000 Personen



¹ Saisonbereinigt nach BV4.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

kann. Denn es handelt sich beim Mikrozensus um eine Stichprobenerhebung. Weil aber niemand die Grundgesamtheit – also die Bevölkerung – kennt, kann man auch nicht beurteilen, wie gut die Stichprobe – also der Mikrozensus – ist. Angesichts dieser diffusen Datenlage stehen Schätzungen des Erwerbspersonenpotentials auf einem sandigen Fundament.

Entwicklung im laufenden Jahr ist allerdings zu beachten, dass es im ersten Quartal zu einer sehr kräftigen Expansion kam, die zum Teil auch auf nachhinkende Vorzieheffekte aufgrund der Neuregelung der Abschreibungsbedingungen zum Jahreswechsel zurückzuführen sind. Darüber hinaus hat die milde Witterung im Winterquartal die Bauinvestitionstätigkeit zusätzlich begünstigt.

Im Prognosezeitraum weisen die *Ausrüstungen* weiterhin die deutlichsten Zuwächse unter den investiven Aggregaten auf. Allerdings dürfte der Höhepunkt des Investitionszyklus mittlerweile überschritten sein. Die für das laufende Jahr prognostizierte Wachstumsrate von 9,2 Prozent ist aufgrund von Kalendereffekten und insbesondere durch die Vorzieheffekte um die Jahreswende 2007/2008 überzeichnet. Ein krasser Rückschlag der Investitionstätigkeit ist angesichts weiterhin wachsender Auftragseingänge der Investitionsgüterproduzenten aus dem Inland indes nicht zu

erwarten. Insgesamt hohe Auftragsbestände bei angespannten Kapazitäten sowie eine weiterhin günstige Gewinnsituation der Unternehmen lassen vielmehr einen fortgesetzten Ausbau der Kapazitäten erwarten, auch wenn sich die Expansion im weiteren Verlauf des Prognosezeitraums abschwächt und für das Jahr 2009 eine deutlich geringere Zuwachsrate von 4,2 Prozent erwartet wird.

Zu dem insgesamt sehr günstigen Ausblick für die weitere Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen trägt bei, dass sich die Finanzierungsbedingungen für den inländischen Nichtbankensektor aufgrund der derzeitigen Finanzkrise nicht gravierend zu verschlechtern scheinen. Von einer Kreditklemme kann angesichts einer zuletzt kräftig ausgeweiteten Kreditvergabe an den nichtfinanziellen Unternehmenssektor keine Rede sein. Auch die Kreditkonditionen sind bislang allenfalls moderat verschärft worden und stellen noch kein ernstes Hindernis für die Investitionstätigkeit dar.

Deutlich schwächer als die Ausrüstungsinvestitionen entwickeln sich die *Bauten*. Im laufenden Jahr nehmen sie um 2,6 Prozent zu, im nächsten werden es 0,8 Prozent sein. Im zweiten Quartal dieses Jahres dürfte die Investitionstätigkeit saison- und kalenderbereinigt zurückgegangen sein, da Bauprojekte, die aufgrund der milden Witterung im Winterquartal vorzeitig realisiert werden konnten, fehlten. Vom Wohnungsbau kommen im gesamten Prognosezeitraum kaum Wachstumsimpulse. Getragen wird die Expansion bei den Bauten vor allem vom Wirtschaftsbau, während die öffentlichen Bauinvestitionen deutlich hinter dem Vorjahreswachstum zurückbleiben. Hier wirken sich die durch die Unternehmensteuerreform verminderten Einnahmen der Kommunen dämpfend aus.

Privater Konsum: Erholung kommt nur schleppend in Gang

Die Erholung des privaten Konsums kommt nur schleppend in Gang – obwohl die Beschäftigung kräftig zugenommen hat. Für dieses Jahr ist mit einem Zuwachs des privaten Konsums um 0,8 Prozent (kalenderbereinigt: 0,6 Prozent) zu rechnen, wobei das Vorjahresniveau erst in der zweiten Jahreshälfte überschritten wird. Im kommenden Jahr dürften die privaten Konsumausgaben deutlicher – um 1,3 Prozent – anziehen. Den Hintergrund des schwachen Konsumverlaufs bildet die Entwicklung der realen verfügbaren Einkommen. Diese waren im Vorjahr noch um 0,7 Prozent geschrumpft. Auch im Prognosezeitraum bleiben die Zuwächse aufgrund des

außenwirtschaftlich bedingten Auftriebs der Verbraucherpreise sehr moderat: Im laufenden Jahr nimmt die Kaufkraft der privaten Haushalte um 0,6 Prozent zu, im kommenden Jahr dürften es mit 0,7 Prozent kaum mehr sein. Im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt steigen die realen Pro-Kopf-Lohneinkommen nur unwesentlich, so dass hauptsächlich der Beschäftigungszuwachs für den Anstieg der realen Lohnsumme sorgt. Der Anstieg der Bruttolöhne um vier Prozent im laufenden Jahr übersetzt sich in einen gleich hohen Nettozuwachs, weil die Steuerprogression durch eine Senkung des Beitragssatzes zur Sozialversicherung per Saldo gesenkt wird. Im nächsten Jahr hingegen treibt die Steuerbelastung wieder einen Keil zwischen Brutto- und Nettolohnsummenentwicklung (2,5 Prozent Bruttozuwachs stehen nur 1,8 Prozent Nettozuwachs gegenüber). Die monetären Sozialleistungen – diese entsprechen 30 Prozent der privat verfügbaren Einkommen – expandieren im laufenden Jahr um 0,7 Prozent, im nächsten sind es 1,6 Prozent. Die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen steigen nicht mehr ganz so kräftig wie zu Beginn des gegenwärtigen Aufschwungs, weisen aber mit 3,9 Prozent (2008) und 3,5 Prozent (2009) weiter deutlich nach oben.

Nicht zuletzt aufgrund der Verunsicherung der Haushalte über ihre zukünftige Realeinkommensposition in Zeiten kräftiger und zum Teil schubartig steigender Preise (insbesondere im Energie- und Lebensmittelbereich) dürfte die Sparquote im laufenden Jahr mit einem Wert von 10,9 Prozent auf dem Vorjahreswert verharren. Für das kommende Jahr wird mit einem leichten Rückgang der Sparneigung auf 10,5 Prozent gerechnet.

Preisaufrtrieb klingt allmählich ab

Die Inflation hat in den letzten Monaten spürbar angezogen. Während die Verbraucherpreise in Deutschland im Mai im Vergleich zum gleichen Monat des Vorjahres um drei Prozent zugelegt haben, waren es im Euroraum 3,7 Prozent. Haupttreiber der Inflation ist die weltweit anziehende Nachfrage nach Energie und Lebensmitteln. So liegt die Teuerungsrate in Deutschland und im Euroraum nur bei rund zwei Prozent, wenn man die Preisentwicklung für diese Güter herausrechnet.

Die Verbraucherpreise dürften in diesem Jahr um 2,7 Prozent zulegen. Dabei ist in der zweiten Jahreshälfte von rückläufigen Raten auszugehen, weil Basiseffekte wirksam werden. Im kommenden Jahr werden es noch 2,2 Prozent sein, wobei im Schlussquartal schon wieder Raten unterhalb der Zielinflation von zwei Prozent erreicht wer-

den dürften. Der Abbau der Inflation gestaltet sich deshalb relativ zäh, weil Preisschocks erst nach einer gewissen Zeitspanne vollständig überwältigt sind. So folgen die Preise der Gasversorgungsunternehmen den Ölpreisen mit Verzögerung. Im Agrarbereich werden zum Beispiel Fleisch und Futtermittel wegen Kostensteigerungen auf vorgelagerten Produktionsstufen (Getreide) vom Preisaufruf mit erfasst.

Beschäftigungsaufbau kommt 2009 zum Stillstand

Die Zahl der Erwerbstätigen ist zuletzt weniger stark gestiegen als in den Wintermonaten – wobei jedoch der diesjährige Winter außergewöhnlich mild war, und es nicht wie üblich zu einer kräftigen Frühjahrsbelebung auf dem Arbeitsmarkt kam. Die Arbeitslosenzahlen, die zuletzt saisonbereinigt lediglich stagniert haben, signalisieren ebenfalls, dass der Aufschwung auf dem Arbeitsmarkt an Kraft eingebüßt hat (Kasten 6).²

Getragen wird der Zuwachs bei den Arbeitsplätzen weiterhin größtenteils von der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, auch wenn die geringfügige Beschäftigung weiter zugenommen hat. Die Zahl der mit Mitteln der Sozialkassen finanzierten Ein-Euro-Jobs war dagegen rückläufig. Man ist weit von den ursprünglichen Planungen über das Ausmaß der zu schaffenden Ein-Euro-Jobs entfernt.³ Das kann kaum erstaunen, da diese Tätigkeiten sinnvoll sein sollen, ohne gleichzeitig reguläre Beschäftigung zu verdrängen. Solche Arbeitsgelegenheiten sind kaum zu finden.

Dass die Arbeitslosenzahl saisonbereinigt zuletzt stagniert hat, liegt gewiss auch daran, dass sich das Beschäftigungswachstum abgeschwächt hat. Hinzu kommt, dass Nachfrage und Angebot auf dem Arbeitsmarkt immer weniger zueinander passen. Wahrscheinlich ist darauf die Ausweitung der Qualifizierungsmaßnahmen zurückzuführen; ansonsten gingen von den arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen keine Entlastungswirkungen aus. Eine Rolle dürften institutionelle Änderungen spielen, denn mit Beginn dieses Jahres wurde die Regelung abgeschafft, dass Arbeitslose ab 58 Jahren nicht mehr dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen müssen, und dann auch nicht mehr als Arbeitslose gezählt werden. Solche Personen dürften mehr und mehr in der registrierten Arbeitslosigkeit geführt werden (Kasten 7).

² Bei der Ermittlung der Arbeitslosenzahlen für die Monate April und Mai 2008 gab es allerdings Erhebungsprobleme bei der Bundesagentur für Arbeit.

³ Bei der Einführung der Ein-Euro-Jobs ging der damalige Wirtschafts- und Arbeitsminister von 600 000 Stellen aus; derzeit sind es lediglich knapp die Hälfte.

Tabelle 4

Ausgaben, Einnahmen und Finanzierungssaldo des Staates

In Prozent des Bruttoinlandsprodukts

	Ausgaben	Einnahmen			Budgetsaldo
		insgesamt	darunter: Steuern	darunter: Sozialbeiträge	
2001	47,6	44,7	22,6	18,2	-2,8
2002	48,1	44,4	22,3	18,2	-3,7
2003	48,5	44,5	22,3	18,3	-4,0
2004	47,1	43,3	21,8	17,9	-3,8
2005	46,9	43,5	22,0	17,7	-3,4
2006	45,4	43,8	22,8	17,3	-1,6
2007	43,8	44,0	23,8	16,5	0,1
2008	42,9	43,2	23,5	16,0	0,3
2009	43,0	43,3	23,7	16,0	0,3

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2008 und 2009: Prognose des DIW Berlin.

DIW Berlin 2007

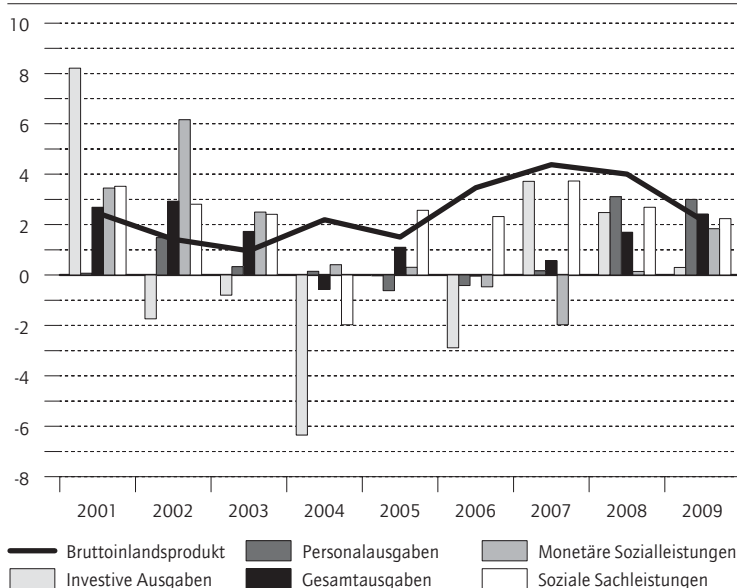
Öffentliche Finanzen: Budgetsaldo bleibt hinter den Möglichkeiten zurück

Die schnelle Konsolidierung der öffentlichen Haushalte erfolgte 2007 vor allem durch das starke, großteils konjunkturell bedingte Einnahmenwachstum von 4,8 Prozent. Diesem stand lediglich ein Ausgabenanstieg von nur 0,7 Prozent gegenüber. In den ersten Monaten des laufenden Jahres beschleunigte sich der Anstieg der Ausgaben indes deutlich. Im ersten Quartal trug das Wachstum der staatlichen Arbeitnehmerentgelte um 1,8 Prozent im Vergleich zum Vorjahresquartal (2007: 0,3 Prozent) nicht unwesentlich hierzu bei. Aufgrund der positiven Beschäftigungsentwicklung sind die monetären Sozialleistungen

Abbildung 4

Jährliche Veränderung der Staatsausgaben

In Prozent



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

Kasten 7

Ältere auf dem Arbeitsmarkt weniger denn je verzichtbar

Aktuell klagen die Unternehmer verstärkt über einen Fachkräftemangel, der den Kapazitätsaufbau behindert. Zum Teil haben sich die Unternehmen den Engpass selbst zuzuschreiben, da sie zu entsprechender Zeit nicht in hinreichendem Maße Lehrstellen angeboten haben. Nun macht sich mehr und mehr bemerkbar, dass die Zahl der Jugendlichen zunehmend schrumpft. Es werden also immer weniger Jugendliche für eine Ausbildung zur Verfügung stehen – sei es für eine betriebliche Berufsausbildung oder für eine Fachschul- oder Hochschulausbildung. Weil weniger Fachkräfte nachwachsen und – unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen – auch nicht in genügendem Maße einwandern, kommt es darauf an, die älteren Arbeitskräfte länger im Erwerbsleben zu halten. Dies ist in den letzten Jahren wieder besser gelungen.

Derzeit zeigt die Politik in dieser Hinsicht jedoch keine klare Linie. So gibt es Programme und Appelle, die auf einen längeren Verbleib der Älteren im Erwerbsleben abzielen, und es wurden bestehende Anreize für den

vorzeitigen Übergang in den Ruhestand abgebaut. Dazu gehörte die Reduzierung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes für ältere Arbeitnehmer von maximal 32 Monaten auf 18 Monate. Dies ist aber zum Teil zurückgenommen worden, so dass Ältere inzwischen 24 Monate Arbeitslosengeld erhalten können. Aktuell gibt es eine heftige Kontroverse über die Anfang 2009 auslaufende Regelung zur Altersteilzeit, bei der es sich um ein Instrument zur Frühverrentung handelt. Eine tarifvertraglich geregelte Finanzierung wäre legitim, weil die Kosten in diesem Fall von den jeweiligen Tarifpartnern getragen werden. Bei einer Finanzierung indes über Steuern oder Sozialversicherungsbeiträge würden die Lasten auf Dritte in ungerechtfertigter Weise überwälzt. Insbesondere die jüngeren Arbeitnehmer würden in diesem Fall für die Finanzierung der Frühverrentung qua Altersteilzeit in die Pflicht genommen. Eine Fortsetzung der Altersteilzeitregelung wäre aber vor allem mit Blick auf die Entwicklung des Fachkräftepotentials und somit auch auf die künftigen Produktionsmöglichkeiten der deutschen Wirtschaft kontraproduktiv.

dagegen kaum gestiegen. Hierdurch wurde der Ausgabenanstieg gebremst.

Auf der Einnahmenseite sorgte die günstige Arbeitsmarktentwicklung trotz geringerer Beitragssätze für einen Anstieg der Sozialbeiträge der inländischen privaten Haushalte um 1,9 Prozent im Vergleich zum Vorjahresquartal (2007: 0,1 Prozent). Auch die Steuereinnahmen entwickelten sich weiterhin sehr dynamisch. Bis einschließlich Mai lagen die Kasseneinnahmen um 6,1 Prozent über den Einnahmen des entsprechenden Vorjahreszeitraums. Dies ist erstens die Folge der weiter sehr dynamisch verlaufenden Gewinnsteuern. Zweitens sorgte die gute Beschäftigungsentwicklung für einen kräftigen Anstieg der Lohnsteuer von rund 6,6 Prozent, die unter anderem wegen der Progression stärker als die Lohnsumme wuchs. Die Steuern vom Umsatz nahmen trotz des Preisaufriffs dagegen nur wenig zu – um 0,3 Prozent bei der Umsatzsteuer im engeren Sinne und um 3,1 Prozent inklusive der Einfuhrumsatzsteuer.

Auch im laufenden und im kommenden Jahr dürften die Einnahmen des Staates seine Ausgaben übertreffen. Der Überschuss der öffentlichen Haushalte liegt 2008 voraussichtlich bei 7,3 Milliarden Euro; dies entspricht 0,3 Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts (Tabelle 4). Das Einnahmenwachstum dürfte 2,1 Prozent betragen,

die Zunahme der Ausgaben wird mit 1,8 Prozent leicht darunter liegen. Damit steigen die Ausgaben in diesem Jahr noch deutlich geringer als das nominale Bruttoinlandsprodukt (Abbildung 4). Die Staatsquote sinkt damit deutlich, um knapp einen Prozentpunkt. Von der Staatsausgabenseite ergeben sich weiter kontraktive Nachfrageimpulse, die in diesem Jahr nicht von der Einnahmenseite ausgeglichen werden (Tabelle 5). Dies ist im Sinne einer stabilisierenden Finanzpolitik zum gegenwärtigen Zeitpunkt geboten (Kasten 8).

Die Einnahmen wachsen zum einen deshalb langsamer als 2007, weil es einen Einmaleffekt aufgrund der Mehrwertsteuererhöhung gab. Zweitens wurde zum 1. 1. 2008 die Unternehmenssteuerreform wirksam, die das Wachstum der gewinnabhängigen Steuern abschwächt. Drittens wurde der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung auf 3,3 Prozent gesenkt, was den Überschuss der Sozialversicherungen erneut, auf gut zehn Milliarden Euro, schrumpfen lässt und die Rücklagen der Bundesagentur für Arbeit verringert. Im Vergleich dazu schlagen die Mehreinnahmen aufgrund der Erhöhung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung um 0,25 Prozentpunkte zur Mitte dieses Jahres weniger stark zu Buche.

Die Entwicklung der veranlagten Einkommensteuer wird maßgeblich von der Einführung eines Zuschlags von drei Prozent auf den Spit-

Tabelle 5

Nachfrageimpulse des Staates¹

(+) expansiv (-) kontraktiv

In Milliarden Euro

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008 ²	2009 ²
Steuern								
Tatsächliches Volumen	475,8	480,4	479,6	489,0	488,4	538,2	559,3	572,8
Neutralitätlinie	487,1	486,2	489,2	488,4	496,9	496,9	549,9	575,5
Differenz = Impulse	11,3	5,8	9,6	-0,6	8,4	-41,3	-9,5	2,7
Sozialbeiträge								
Tatsächliches Volumen	390,7	396,3	396,9	396,9	401,1	400,5	404,3	411,7
Neutralitätlinie	392,9	399,3	403,5	404,1	403,3	408,0	409,2	416,0
Differenz = Impulse	2,1	3,1	6,6	7,2	2,2	7,5	4,9	4,3
Sonstige Einnahmen								
Tatsächliches Volumen	82,0	80,9	77,5	85,6	122,7	121,4	119,1	124,3
Neutralitätlinie	84,6	83,8	82,3	78,9	87,0	124,8	124,0	122,6
Differenz = Impulse	2,6	2,9	4,8	-6,7	-35,7	3,4	4,9	-1,7
Summe der Einnahmen								
Tatsächliches Volumen	948,5	957,5	954,1	971,5	1 012,2	1 060,1	1 082,8	1 108,7
Neutralitätlinie	964,5	969,3	975,1	971,5	987,2	1 029,8	1 083,1	1 114,1
Differenz = Impulse	16,0	11,8	21,0	0,0	-25,0	-30,3	0,3	5,3
Käufe von Gütern und Diensten								
Tatsächliches Volumen	257,1	259,6	260,7	265,4	265,5	269,4	278,5	286,8
Neutralitätlinie	257,5	262,7	264,4	265,5	269,6	270,1	275,3	286,6
Differenz = Impulse	-0,4	-3,1	-3,6	-0,1	-4,1	-0,7	3,2	0,2
Vermögenseinkommen (Zinsausgaben)								
Tatsächliches Volumen	64,5	62,7	64,3	62,4	62,5	64,9	66,6	68,4
Neutralitätlinie	66,6	65,9	63,8	65,5	63,4	63,6	66,3	68,5
Differenz = Impulse	-2,1	-3,2	0,5	-3,1	-0,9	1,3	0,3	-0,1
Transfers und soziale Sachleistungen								
Tatsächliches Volumen	648,9	671,6	687,9	683,3	690,4	687,7	685,9	691,7
Neutralitätlinie	642,9	663,2	683,9	700,5	694,4	702,4	702,7	705,7
Differenz = Impulse	6,0	8,4	4,0	-17,2	-4,0	-14,7	-16,8	-14,0
Bruttoinvestitionen								
Tatsächliches Volumen	36,8	36,1	33,9	31,6	30,7	32,8	36,2	38,2
Neutralitätlinie	37,1	37,6	36,7	34,5	32,1	31,2	33,5	37,2
Differenz = Impulse	-0,2	-1,6	-2,9	-2,9	-1,5	1,6	2,7	1,0
Summe der Ausgaben								
Tatsächliches Volumen	1 007,3	1 030,0	1 046,8	1 042,7	1 049,1	1 054,8	1 067,2	1 085,1
Neutralitätlinie	1 004,1	1 029,5	1 048,8	1 065,9	1 059,5	1 067,3	1 077,7	1 098,0
Differenz = Impulse	3,2	0,5	-2,0	-23,2	-10,4	-12,5	-10,5	-12,9
Nachfrageimpulse insgesamt	19,2	12,3	19,0	-23,3	-35,4	-42,9	-10,2	-7,6

1 Gemessen am mittelfristigen Trend des nominalen Bruttoinlandsprodukts. Dieser wird als rückwärtiger gleitender Durchschnitt der Jahreswachstumsrate über fünf Jahre berechnet. Ohne Transaktionen mit der übrigen Welt.

2 Schätzung des DIW Berlin.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

zensteuersatz für Bezieher sehr hoher Einkommen (sogenannte Reichensteuer) geprägt, die Mehreinnahmen von rund zwei Milliarden Euro erwarten lässt. Die Lohnsteuer wird mit rund acht Prozent wesentlich stärker als die Bruttolohn- und -gehaltsumme wachsen; hierin kommt jedoch auch ein Rückgang des ausgezahlten Kindergeldes zum Ausdruck, das mit dem Lohnsteueraufkommen verrechnet wird.

Auf der Ausgabenseite schlagen im laufenden Jahr erstmals seit langem deutlichere Zuwächse bei den Arbeitnehmerentgelten von 2,6 Prozent aufgrund der höheren Tarifabschlüsse im

öffentlichen Dienst zu Buche. Der Personalbestand des öffentlichen Dienstes, der 2007 um 0,8 Prozent gesunken ist, dürfte dagegen auch in diesem Jahr nicht steigen. Die Zinsbelastung wird relativ mäßig um knapp drei Prozent zunehmen; hierin spiegelt sich auch die Entlastung durch die stark verringerte Kreditaufnahme. Die nominalen Bruttoinvestitionen des Staates sind im ersten Vierteljahr um 5,3 Prozent gestiegen, was deutlich unter der Rate des Vorjahres liegt; zudem ist ein erheblicher Teil dieses Anstiegs dem milden Winter geschuldet, weshalb sich die Rate im Jahresverlauf zurückbilden dürfte. Für die Investitionen des Staates wird daher im lau-

Kasten 8

Finanzpolitik: Überzyklischer Budgetausgleich wichtiger als Steuersenkungen

Aufgabe einer stabilitätsorientierten Finanzpolitik ist es, so für eine Finanzierung der Staatsaufgaben zu sorgen, dass ein Budgetausgleich – ohne Berücksichtigung der Investitionsausgaben – über den Konjunkturzyklus hinweg erreicht wird. Eine Verschuldung sollte nur für jene investiven Tätigkeiten zugelassen werden, deren spätere Rendite in Form höherer Steuereinnahmen Zins und Tilgung bedienen kann. Ein absolutes Verschuldungsverbot für einzelne gebietskörperschaftliche Ebenen ist aus diesem Blickwinkel nicht ratsam. Eine solche Politik impliziert, im Aufschwung Budgetüberschüsse zu realisieren und Rücklagen zu bilden beziehungsweise Schulden abzubauen, um im Abschwung – wenn die Steuereinnahmen sinken und die Sozialausgaben steigen – temporäre Defizite zuzulassen. Die Bedeutung einer solchen antizyklischen Finanzpolitik als Konjunkturstabilisator wird umso größer, als die Geldpolitik im nationalen Rahmen hierfür nicht mehr zur Verfügung steht.

Soweit die Theorie und Rechtslage, wie sie Artikel 115 Grundgesetz (GG) seit Jahrzehnten vorgibt. Die Abbil-

dung zeigt den konjunkturellen Verlauf des realen Bruttoinlandsprodukts im Vergleich zu der Entwicklung des gesamtstaatlichen Budgetsaldos. Der Budgetsaldo ist erstens insgesamt, zweitens ohne Berücksichtigung der staatlichen Bruttoinvestitionen und drittens ohne investive Ausgaben im weiteren Sinne dargestellt. Letztere sind die Summe aus Bruttoinvestitionen und Finanzhilfen des Staates, also beispielsweise Investitionszuschüsse und -zulagen an Unternehmen und private Haushalte. Diese Abgrenzung ist noch enger gefasst also die investiven Ausgaben nach Haushaltsgrundsatzgesetz, wie sie für Artikel 115 GG ausschlaggebend sind. Im konjunkturellen Verlauf seit Beginn der 90er Jahre scheint daher die Finanzpolitik diesem Anspruch im Wesentlichen gerecht zu werden.

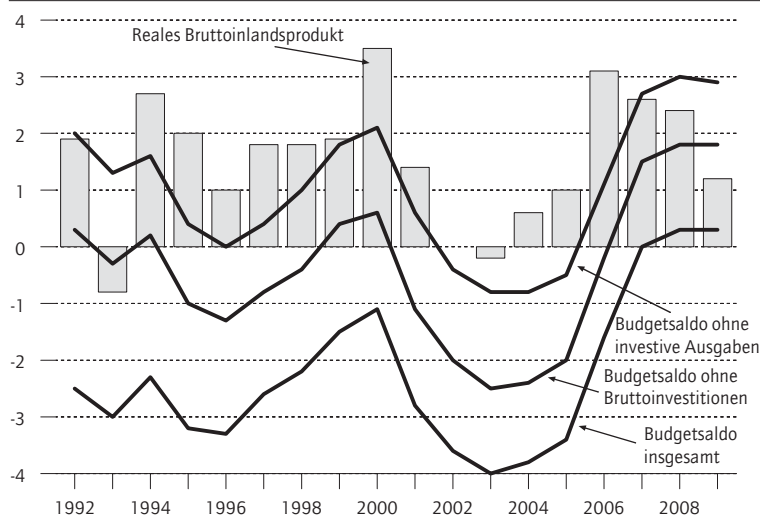
In der Vorausschau gilt dies nur bedingt. Die Unternehmenssteuerreform wird voraussichtlich Mindereinnahmen in höherer einstelliger Milliardenhöhe nach sich ziehen, und die deutliche Absenkung der Sozialbeiträge führte zwar auf der Arbeitnehmer- wie Arbeitgeberseite zu einer Entlastung, allerdings auf Kosten der öffentlichen Haushalte. Angesichts dieser einnahmensenkenden Maßnahmen bleibt einer stabilitätsorientierten Finanzpolitik kein Raum, um die faktischen Steuererhöhungen infolge der sogenannten kalten Progression bei der Lohn- und Einkommensteuer durch Tarifierpassungen zurückzunehmen. Damit hat die Finanzpolitik ihr Pulver für Abgabensenkungen bereits verschossen.

Sollten die Steuersätze bei den Einkommensteuern in den nächsten zwei Jahren nach unten angepaßt werden, ist der überzyklisch ausgeglichene Haushalt in Gefahr. Eine Entlastung im zweistelligen Milliardenbereich, wie sie derzeit diskutiert wird, würde dafür sorgen, dass das investitionsbereinigte Budget selbst in der derzeitigen konjunkturellen Hochphase auf die Nulllinie oder noch weiter abstürzt. Ohne Anpassung der Ausgabenseite würde dies zu einer deutlichen überzyklischen Neuverschuldung führen, die mit einer ökonomisch vernünftigen Schuldenregelung nicht vereinbar wäre. Wer daher Einkommensenkungen fordert, muss gleichzeitig Vorschläge für deren Finanzierung auf der Ausgabenseite oder bei anderen Einnahmepositionen liefern.

Abbildung

Budgetsalden des Staates

In Prozent des Bruttoinlandsprodukts



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

fenden Jahr ein mäßiger Anstieg von 5,6 Prozent erwartet.

Die monetären Sozialleistungen werden 2008 mit 0,3 Prozent lediglich stagnieren, nachdem sie die letzten Jahre sogar rückläufig waren. Hier wirken sich außerplanmäßige Rentenerhöhun-

gen von 1,1 Prozent zur Jahresmitte aus. Auch die Höhe des Regelsatzes des Arbeitslosengelds II und der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sind an diese Rentenanpassung gekoppelt. Dies und die verlängerte Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes für ältere Arbeitnehmer ab 2008 dürften den Staat zusätzlich jährlich rund

zwei Milliarden Euro kosten. Dagegen wurde die geplante Erhöhung des Kindergeldes auf 2009 verschoben.

Im Jahr 2009 werden die öffentlichen Haushalte einen Überschuss von knapp acht Milliarden Euro erzielen; dies entspricht 0,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Während der Saldo der Sozialversicherungen bei rund zehn Milliarden Euro stagnieren dürfte, wird der Haushalt der Gebietskörperschaften erstmals nahezu ausgeglichen sein.

Die Einnahmen dürften um 2,4 Prozent und damit weiterhin moderat zunehmen. Der Ausgabenanstieg legt mit 2,2 Prozent geringfügig zu und ist höher als im Durchschnitt der letzten Jahre; ihr Anstieg entspricht jedoch genau dem des nominalen Bruttoinlandsprodukts, weshalb keine expansiven Nachfrageimpulse ausgelöst werden. Dabei wird unterstellt, dass mit rund

sieben Milliarden Euro die Einnahmefälle infolge der Unternehmensteuerreform 2009 am stärksten zu Buche schlagen, und die gewinnabhängigen Steuern in der Folge wieder Fahrt aufnehmen. Das Kindergeld wird zum 1. 1. 2009 um zehn Euro pro Kind angehoben, was rund 2,2 Milliarden Euro kosten dürfte; dies dämpft das Kassenaufkommen der Lohnsteuer. Zudem werden die Kinderfreibeträge bei der Einkommensteuer angehoben. Das Wohngeld wird zum 1. 1. 2009 um durchschnittlich zwei Drittel angehoben, was rund 500 Millionen Euro kosten dürfte. Der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung wird wahrscheinlich zum 1. 1. 2009 um weitere 0,3 Prozentpunkte auf drei Prozent gekürzt; er läge dann weit unter der Hälfte seiner Höhe von 2006 (6,5 Prozent). Auf der Ausgabenseite sind Tariflohnsteigerungen im öffentlichen Dienst von durchschnittlich 2,8 Prozent sowie außerplanmäßige Rentensteigerungen um 2,1 Prozent zur Jahresmitte unterstellt.

JEL Classification:
E32, E66, F01

Keywords:
Economic outlook,
Business cycle forecasts,
Consumption,
Foreign trade

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2008 und 2009

	2006	2007	2008	2009	2007		2008		2009	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
1. Entstehung des Inlandsprodukts										
Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr										
Erwerbstätige	0,6	1,7	1,1	0,3	1,8	1,7	1,6	0,7	0,4	0,2
Arbeitszeit, arbeitstäglich	0,6	0,7	-1,0	0,0	0,7	0,6	-0,8	-1,1	1,5	-1,4
Arbeitstage	-0,8	-0,6	1,1	0,0	-0,5	-0,8	0,8	1,4	-1,9	1,8
Arbeitsvolumen, kalendermonatlich	0,5	1,8	1,3	0,3	2,0	1,5	1,6	1,0	-0,1	0,7
Produktivität ¹	2,4	0,7	1,4	0,9	0,9	0,5	1,3	1,5	0,4	1,3
Reales Bruttoinlandsprodukt	2,9	2,5	2,7	1,2	3,0	2,0	3,0	2,4	0,3	2,0
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen										
a) Milliarden Euro										
Konsumausgaben	1 783,4	1 810,0	1 867,8	1 924,1	879,4	930,6	906,8	961,0	932,8	991,3
Private Haushalte ²	1 357,5	1 374,4	1 420,0	1 466,5	669,4	705,0	690,4	729,6	711,4	755,1
Staat	425,9	435,6	447,8	457,6	210,0	225,6	216,4	231,3	221,4	236,2
Anlageinvestitionen	417,1	449,6	477,9	492,3	214,0	235,5	228,1	249,8	230,8	261,5
Ausrüstungen	173,7	186,5	201,8	209,5	88,8	97,7	96,1	105,7	98,6	110,9
Bauten	217,2	235,9	248,6	254,4	112,4	123,6	118,9	129,7	118,5	135,9
Sonstige Anlageinvestitionen	26,3	27,1	27,6	28,4	12,9	14,2	13,2	14,4	13,7	14,7
Vorratsveränderung ³	-4,7	-5,6	3,1	-0,6	5,7	-11,3	11,9	-8,7	3,6	-4,2
Inländische Verwendung	2 195,8	2 254,0	2 348,9	2 415,8	1 099,1	1 154,8	1 146,8	1 202,0	1 167,3	1 248,5
Außenbeitrag	126,4	169,8	170,3	155,2	85,2	84,7	89,7	80,6	85,4	69,8
Exporte	1 046,5	1 132,0	1 223,6	1 298,2	554,0	578,0	598,8	624,8	630,1	668,1
Importe	920,1	962,2	1 053,3	1 143,0	468,8	493,4	509,1	544,2	544,7	598,3
Bruttoinlandsprodukt	2 322,2	2 423,8	2 519,1	2 571,0	1 184,3	1 239,5	1 236,5	1 282,6	1 252,6	1 318,3
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr										
Konsumausgaben	2,0	1,5	3,2	3,0	1,5	1,4	3,1	3,3	2,9	3,2
Private Haushalte ²	2,3	1,2	3,3	3,3	1,3	1,2	3,1	3,5	3,0	3,5
Staat	1,0	2,3	2,8	2,2	2,3	2,3	3,1	2,5	2,3	2,1
Anlageinvestitionen	6,7	7,8	6,3	3,0	10,6	5,3	6,6	6,1	1,2	4,7
Ausrüstungen	7,1	7,4	8,2	3,8	8,1	6,8	8,2	8,2	2,6	4,9
Bauten	6,8	8,6	5,4	2,3	13,8	4,3	5,8	4,9	-0,4	4,8
Sonstige Anlageinvestitionen	3,7	3,3	1,6	3,0	2,7	3,8	2,2	1,2	4,3	1,9
Inländische Verwendung	3,0	2,6	4,2	2,9	2,8	2,5	4,3	4,1	1,8	3,9
Exporte	14,0	8,2	8,1	6,1	10,2	6,3	8,1	8,1	5,2	6,9
Importe	14,3	4,6	9,5	8,5	6,0	3,2	8,6	10,3	7,0	9,9
Bruttoinlandsprodukt	3,5	4,4	3,9	2,1	4,8	4,0	4,4	3,5	1,3	2,8
3. Verwendung des Inlandsprodukts, preisbereinigt										
a) Verkettete Volumina in Milliarden Euro										
Konsumausgaben	1 642,9	1 645,6	1 661,9	1 683,4	806,2	839,4	813,2	848,7	821,6	861,8
Private Haushalte ²	1 242,1	1 236,5	1 246,6	1 263,3	605,1	631,4	608,7	638,0	614,6	648,7
Staat	400,7	409,3	415,7	420,4	201,2	208,1	204,8	210,9	207,2	213,2
Anlageinvestitionen	427,2	448,6	473,7	486,1	213,4	235,2	225,9	247,8	227,7	258,4
Ausrüstungen	191,2	206,8	225,8	235,3	97,9	109,0	107,1	118,7	110,3	125,0
Bauten	207,8	212,5	218,0	219,7	101,8	110,7	104,7	113,3	102,6	117,1
Sonstige Anlageinvestitionen	30,1	32,1	34,3	37,0	15,0	17,1	16,1	18,2	17,6	19,3
Inländische Verwendung	2 054,4	2 073,9	2 117,9	2 153,0	1 020,2	1 053,7	1 041,9	1 076,0	1 047,5	1 105,5
Exporte	1 038,5	1 119,0	1 204,3	1 267,0	547,6	571,4	591,0	613,2	616,6	650,4
Importe	910,9	954,9	1 023,0	1 094,5	464,6	490,3	496,3	526,6	523,7	570,8
Bruttoinlandsprodukt	2 183,0	2 237,1	2 297,5	2 324,0	1 102,6	1 134,5	1 135,4	1 162,1	1 139,1	1 184,9
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr										
Konsumausgaben	0,9	0,2	1,0	1,3	0,4	-0,1	0,9	1,1	1,0	1,5
Private Haushalte ²	1,0	-0,4	0,8	1,3	-0,2	-0,7	0,6	1,0	1,0	1,7
Staat	0,9	2,1	1,5	1,1	2,4	1,9	1,8	1,4	1,2	1,1
Anlageinvestitionen	6,1	5,0	5,6	2,6	7,4	2,9	5,9	5,4	0,8	4,3
Ausrüstungen	8,3	8,2	9,2	4,2	9,0	7,5	9,4	9,0	3,0	5,3
Bauten	4,3	2,3	2,6	0,8	6,4	-1,3	2,8	2,4	-1,9	3,3
Sonstige Anlageinvestitionen	6,7	6,6	7,0	7,7	5,3	7,8	7,9	6,2	9,3	6,3
Inländische Verwendung	1,9	1,0	2,1	1,7	1,2	0,7	2,1	2,1	0,5	2,7
Exporte	12,5	7,8	7,6	5,2	9,6	6,0	7,9	7,3	4,3	6,1
Importe	11,2	4,8	7,1	7,0	6,2	3,6	6,8	7,4	5,5	8,4
Bruttoinlandsprodukt	2,9	2,5	2,7	1,2	3,0	2,0	3,0	2,4	0,3	2,0

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2008 und 2009

	2006	2007	2008	2009	2007		2008		2009	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2000 = 100)										
Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr										
Private Konsumausgaben ²	1,4	1,7	2,5	1,9	1,5	1,9	2,5	2,4	2,0	1,8
Konsumausgaben des Staates	0,2	0,1	1,2	1,1	-0,1	0,3	1,3	1,2	1,1	1,0
Anlageinvestitionen	0,6	2,6	0,7	0,4	3,0	2,3	0,7	0,7	0,4	0,4
Ausrüstungen	-1,1	-0,7	-0,9	-0,4	-0,8	-0,7	-1,1	-0,7	-0,4	-0,4
Bauten	2,4	6,2	2,7	1,5	6,9	5,7	3,0	2,5	1,6	1,4
Exporte	1,3	0,4	0,4	0,8	0,5	0,2	0,2	0,7	0,9	0,8
Importe	2,8	-0,2	2,2	1,4	-0,2	-0,3	1,7	2,7	1,4	1,4
Bruttoinlandsprodukt	0,6	1,8	1,2	0,9	1,8	1,9	1,4	1,0	1,0	0,8
5. Einkommensentstehung und -verteilung										
a) Milliarden Euro										
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	1 708,4	1 759,9	1 824,7	1 874,2	862,4	897,6	895,3	929,6	919,1	955,4
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	223,4	225,1	228,7	232,7	108,8	116,3	110,0	118,7	112,1	120,6
Bruttolöhne und -gehälter	926,0	957,0	995,7	1 020,3	453,2	503,9	472,4	523,6	484,6	535,9
Übrige Primäreinkommen ⁴	559,0	577,8	600,3	621,2	300,4	277,4	313,0	287,3	322,4	298,8
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	296,5	342,3	369,1	370,1	151,8	190,4	172,0	196,8	164,2	205,7
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2 004,9	2 102,2	2 193,8	2 244,3	1 014,2	1 088,0	1 067,3	1 126,4	1 083,3	1 161,0
Abschreibungen	339,5	345,2	350,8	355,1	173,0	172,2	175,7	175,1	177,9	177,2
Bruttonationaleinkommen	2 344,4	2 447,4	2 544,6	2 599,4	1 187,2	1 260,2	1 243,0	1 301,5	1 261,1	1 338,2
<i>Nachrichtlich:</i>										
Volkseinkommen	1 751,2	1 823,7	1 912,2	1 955,7	874,9	948,8	926,2	986,0	938,8	1 016,9
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	601,9	641,5	687,9	702,7	312,9	328,7	343,9	343,7	342,1	360,3
Arbeitnehmerentgelt	1 149,4	1 182,1	1 224,4	1 253,0	562,0	620,2	582,4	642,3	596,7	656,5
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr										
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	3,3	3,0	3,7	2,7	3,4	2,6	3,8	3,6	2,7	2,8
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	2,5	0,8	1,6	1,8	1,1	0,5	1,1	2,1	1,9	1,7
Bruttolöhne und -gehälter	1,5	3,4	4,0	2,5	3,5	3,2	4,2	3,9	2,6	2,3
Übrige Primäreinkommen ⁴	6,6	3,4	3,9	3,5	4,3	2,4	4,2	3,6	3,0	4,0
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	7,8	15,4	7,8	0,3	14,4	16,2	13,3	3,4	-4,6	4,5
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	3,9	4,9	4,4	2,3	5,0	4,8	5,2	3,5	1,5	3,1
Abschreibungen	1,2	1,7	1,6	1,2	1,9	1,5	1,6	1,7	1,2	1,2
Bruttonationaleinkommen	3,5	4,4	4,0	2,2	4,5	4,3	4,7	3,3	1,5	2,8
<i>Nachrichtlich:</i>										
Volkseinkommen	3,6	4,1	4,9	2,3	4,0	4,3	5,9	3,9	1,4	3,1
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	7,2	6,6	7,2	2,2	5,7	7,5	9,9	4,6	-0,5	4,8
Arbeitnehmerentgelt	1,7	2,9	3,6	2,3	3,0	2,7	3,6	3,6	2,5	2,2
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte										
a) Milliarden Euro										
Masseneinkommen	984,6	997,7	1 029,6	1 048,9	480,6	517,1	495,9	533,9	505,2	544,0
Nettolöhne- und -gehälter	605,4	623,2	648,4	659,9	292,4	330,8	305,0	343,7	310,9	349,3
Monetäre Sozialleistungen	458,8	450,5	454,3	461,1	226,5	224,1	227,5	226,8	230,3	230,8
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen ⁵	79,7	76,2	73,1	72,0	38,6	37,7	36,6	36,5	36,0	36,1
Übrige Primäreinkommen ⁴	559,0	577,8	600,3	621,2	300,4	277,4	313,0	287,3	322,4	298,8
Sonstige Transfers (Saldo) ⁶	-49,9	-57,9	-61,8	-60,5	-28,8	-29,2	-30,0	-31,8	-29,8	-30,7
Verfügbares Einkommen	1 493,7	1 517,5	1 568,1	1 609,6	752,2	765,4	778,9	789,5	797,8	812,1
<i>Nachrichtlich:</i>										
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	22,2	24,6	26,8	28,8	11,7	12,9	12,8	14,0	13,8	14,9
Konsumausgaben	1 357,5	1 374,4	1 420,0	1 466,5	669,4	705,0	690,4	729,6	711,4	755,1
Sparen	158,4	167,7	174,9	171,9	94,5	73,3	101,3	73,8	100,2	71,9
Sparquote in Prozent ⁷	10,5	10,9	11,0	10,5	12,4	9,4	12,8	9,2	12,3	8,7
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr										
Masseneinkommen	0,3	1,3	3,2	1,9	1,1	1,6	3,2	3,2	1,9	1,9
Nettolöhne- und -gehälter	0,4	2,9	4,0	1,8	3,0	2,9	4,3	3,9	1,9	1,6
Monetäre Sozialleistungen	-0,2	-1,8	0,8	1,5	-2,4	-1,2	0,5	1,2	1,2	1,8
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen ⁵	-1,5	-4,3	-4,1	-1,4	-5,5	-3,1	-5,1	-3,1	-1,7	-1,2
Übrige Primäreinkommen ⁴	6,6	3,4	3,9	3,5	4,3	2,4	4,2	3,6	3,0	4,0
Verfügbares Einkommen	1,9	1,6	3,3	2,6	1,6	1,5	3,6	3,2	2,4	2,9
Konsumausgaben	2,3	1,2	3,3	3,3	1,3	1,2	3,1	3,5	3,0	3,5
Sparen	1,5	5,9	4,3	-1,7	5,3	6,6	7,2	0,8	-1,1	-2,6

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2008 und 2009

	2006	2007	2008	2009	2007		2008		2009	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates⁸										
a) Milliarden Euro										
Einnahmen										
Steuern	530,5	574,9	593,6	610,1	285,5	289,4	293,4	300,1	302,0	308,1
Sozialbeiträge	401,1	400,8	404,3	411,7	194,5	206,3	195,6	208,8	199,3	212,4
Vermögenseinkommen	17,4	17,6	18,0	18,3	10,8	6,8	11,1	6,9	11,2	7,1
Sonstige Transfers	14,3	13,8	13,8	13,9	6,6	7,1	6,5	7,4	6,5	7,4
Vermögenstransfers	9,2	10,5	10,4	10,6	5,1	5,3	5,1	5,3	5,2	5,4
Verkäufe	44,4	46,2	47,3	49,1	21,8	24,4	22,6	24,7	23,9	25,3
Sonstige Subventionen	0,4	0,4	0,4	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,2
Insgesamt	1 017,2	1 064,0	1 087,8	1 113,9	524,6	539,5	534,4	553,4	548,2	565,8
Ausgaben										
Vorleistungen	97,8	101,5	105,2	108,3	46,5	55,0	48,5	56,8	50,0	58,4
Arbeitnehmerentgelte	167,7	168,4	173,3	178,5	80,5	87,9	82,9	90,4	85,5	93,0
Vermögenseinkommen (Zinsen)	64,9	67,1	68,4	69,5	33,4	33,8	34,0	34,4	34,6	34,9
Subventionen	26,8	27,0	26,7	26,7	12,8	14,2	12,7	14,0	12,8	14,0
Monetäre Sozialleistungen	428,5	420,0	420,7	428,4	211,3	208,6	210,7	210,0	214,0	214,4
Soziale Sachleistungen	171,5	178,0	182,7	186,8	87,7	90,3	90,6	92,1	92,7	94,1
Sonstige laufende Transfers	35,2	36,3	37,4	41,6	18,0	18,3	18,3	19,1	20,6	21,0
Vermögenstransfers	30,8	30,6	29,3	28,4	15,9	14,7	15,0	14,3	14,0	14,4
Bruttoinvestitionen	32,8	36,3	38,2	39,3	15,8	20,4	17,0	21,2	17,6	21,7
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-1,4	-1,4	-1,4	-1,4	-0,6	-0,8	-0,6	-0,8	-0,6	-0,8
Insgesamt	1 054,5	1 063,8	1 080,6	1 106,2	521,4	542,4	529,1	551,4	541,1	565,1
Finanzierungssaldo	-37,3	0,2	7,3	7,7	3,2	-3,0	5,3	2,0	7,1	0,7
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr										
Einnahmen										
Steuern	7,6	8,4	3,3	2,8	10,5	6,4	2,8	3,7	2,9	2,6
Sozialbeiträge	1,1	-0,1	0,9	1,8	-0,1	0,0	0,6	1,2	1,9	1,7
Vermögenseinkommen	23,0	1,0	2,4	1,8	8,2	-8,6	2,4	2,4	1,7	2,0
Sonstige Transfers	-21,4	-3,6	0,5	0,1	-2,6	-4,6	-2,4	3,2	0,2	0,1
Vermögenstransfers	-7,1	13,6	-0,9	2,0	8,5	18,9	-0,6	-1,2	2,0	1,9
Verkäufe	0,0	4,1	2,5	3,8	3,0	5,2	3,6	1,4	5,4	2,3
Sonstige Subventionen	-12,2	-9,3	-7,7	-5,6	0,0	-15,4	-11,8	-4,5	-6,7	-4,8
Insgesamt	4,1	4,6	2,2	2,4	5,7	3,5	1,9	2,6	2,6	2,2
Ausgaben										
Vorleistungen	0,9	3,8	3,7	2,9	3,8	3,9	4,2	3,2	3,1	2,8
Arbeitnehmerentgelte	-0,4	0,4	2,9	3,0	0,5	0,3	3,0	2,8	3,1	2,9
Vermögenseinkommen	3,7	3,5	1,8	1,6	4,0	3,0	2,0	1,7	1,8	1,5
Subventionen	-1,7	0,9	-1,0	0,0	0,2	1,6	-0,9	-1,1	0,4	-0,4
Monetäre Sozialleistungen	-0,5	-2,0	0,2	1,8	-2,6	-1,4	-0,3	0,7	1,6	2,1
Soziale Sachleistungen	2,3	3,8	2,7	2,2	3,4	4,1	3,4	2,0	2,3	2,2
Sonstige laufende Transfers	-0,5	3,1	3,0	11,2	0,6	5,8	1,7	4,3	12,4	10,1
Vermögenstransfers	-11,5	-0,4	-4,4	-2,9	-5,6	5,9	-5,6	-3,1	-6,6	1,0
Bruttoinvestitionen	6,9	10,6	5,4	2,8	17,9	5,6	7,4	3,9	3,3	2,3
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	0,0	-0,7	-4,9	0,0	-11,4	9,6	-3,2	-6,3	0,0	0,0
Insgesamt	0,2	0,9	1,6	2,4	0,4	1,3	1,5	1,7	2,3	2,5

1 Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.**2** Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.**3** Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.**4** Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen.**5** Einschließlich verbrauchsnahe Steuern.**6** Empfangene abzüglich geleistete Transfers.**7** Sparen in Prozent des verfügbaren Einkommens.**8** Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen);
Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

Andrew E. Clark, Ed Diener, Yannis Georgellis, Richard E. Lucas

**Lags and Leads in Life Satisfaction:
A Test of the Baseline Hypothesis**

We look for evidence of habituation in twenty waves of German panel data: do individuals, after life and labour market events, tend to return to some baseline level of well-being? Although the strongest life satisfaction effect is often at the time of the event, we find significant lag and lead effects. We cannot reject the hypothesis of complete adaptation to marriage, divorce, widowhood, birth of child, and layoff. However, there is little evidence of adaptation to unemployment for men. Men are somewhat more affected by labour market events (unemployment and layoffs) than are women, but in general the patterns of anticipation and adaptation are remarkably similar by sex.

SOEPpapers No. 84

John T. Addison, Mário Centeno, Pedro Portugal

**Do Reservation Wages Really Decline?
Some International Evidence on the Determinants of Reservation Wages**

Using cross-country data, we investigate the determinants of reservation wages and their course over the jobless spell. Higher unemployment benefits lead to higher reservation wages. Further, again consistent with the basic search model, repeated observations on the same individual provide scant evidence of declining reservation wages.

SOEPpapers No. 85

Richard Hauser

**Problems of the German Contribution to EU-SILC –
A research perspective, comparing EU-SILC, Microcensus and SOEP**

EU-SILC will become one of the most important statistical data sources for the Federal Government's future Poverty and Wealth Reports, for comparing Germany's position with those of the other EU member states in the "open method of coordination", and for the international scientific community and international organisations. Hence this sample needs intensive quality control to ensure data quality. Ex ante quality control must take the form of selecting suitable survey methods, internal control of consistency of the data collected from each household, transparent data editing, reliable imputation methods and compensation for drop-outs by re-weighting. Ex post consistency checks are needed in the form of comparison with other similar household samples, with administrative statistics and with macro-economic aggregates of the national accounts.

In this paper the need for intensive ex post quality control is met with consistency checks in the form of a comparison between the results of EU-SILC and the microcensus and SOEP, which reveals significant deviations in the coverage of poorly integrated foreigners, small children and the level of education, as well as the ratio of house/apartment owners and the employment ratio. This causes serious distortions to the Laeken indicators calculated.

SOEPpapers No. 86

Irene Becker, Richard Hauser

Vom Kinderzuschlag zum Kindergeldzuschlag: ein Reformvorschlag zur Bekämpfung von Kinderarmut

Mit dem im Zuge der Hartz IV-Reform 2005 eingeführten Kinderzuschlag sollte vermieden werden, dass Familien von ALG II und Sozialgeld abhängig werden, deren Einkommen zwar zur Deckung des elterlichen minimalen Lebensstandards, nicht aber für das Existenzminimum des Kindes bzw. der Kinder reicht. Die Auswirkungen der neuen Transferart auf die Einkommenssituation von Familien sind allerdings sehr gering – in den Jahren 2005 und 2006 wurde lediglich für etwa 90 000 Kinder (1 % aller kindergeldberechtigten Kinder) der Kinderzuschlag gewährt. In der vorliegenden Studie, die von der Hans-Böckler-Stiftung gefördert wurde, werden zunächst als wesentliche Gründe für die geringe Reichweite des Kinderzuschlags die komplizierten und restriktiven Regelungen aufgezeigt, die auch dem Ziel eines Abbaus von verdeckter Armut von Familien entgegenstehen. Daran anknüpfend wird ein Reformkonzept zur Bekämpfung von Kinderarmut entwickelt und eine quantitative Abschätzung der unmittelbaren Reformwirkungen vorgenommen. Bei der Gestaltung des Reformvorschlags wurde an Grundprinzipien des allgemeinen Familienleistungsausgleichs angeknüpft. Dieser sollte unabhängig von der jeweiligen Armutsursache das Existenzminimum des Kindes nicht nur von der Steuer freistellen, sondern im Bedarfsfall durch positive Transfers – mit einem Kindergeldzuschlag von maximal 150 Euro – gewährleisten. Das von der Einkommensanrechnung freizustellende elterliche Existenzminimum sollte pauschal berücksichtigt, darüber hinaus gehendes Einkommen nur zu 50 % angerechnet werden.

Aus einer Simulationsrechnung auf Basis des Sozio-ökonomischen Panels 2006 ergibt sich für etwa 3,6 Mio. Kinder ein Anspruch auf Kindergeldzuschlag, was knapp einem Fünftel aller Kinder, für die Kindergeld bezogen wird, entspricht. Unter den Kindern von Alleinerziehenden würde die Empfängerquote mit gut einem Drittel weit überdurchschnittlich ausfallen. Die fiskalischen Kosten des Reformmodells würden sich auf etwa 4 Mrd. Euro jährlich belaufen. Die derzeit bei etwa 18 % liegende Armutsquote von Kindern, für die Kindergeld bezogen wird, würde um etwa vier Prozentpunkte zurückgehen. Mit etwa zwei Dritteln lebt der größte Teil der potenziellen Anspruchsberechtigten in erwerbstätigen Familien, und die relativ stärkste Verminderung der Armutsquote ergibt sich bei Familien mit Vollzeitberufstätigkeit.

SOEPpapers No. 87

Lazlo Goerke, Markus Pannenberg

Risk Aversion and Trade Union Membership

In an open-shop model of trade union membership with heterogeneity in risk attitudes, a worker's relative risk aversion can affect the decision to join a trade union. Furthermore, a shift in risk attitudes can alter collective bargaining outcomes. Using German panel data (GSOEP) and three novel direct measures of individual risk aversion, we find evidence of a significantly positive relationship between risk aversion and the likelihood of union membership. Additionally, we observe a negative correlation between bargained wages in aggregate and average risk preferences of union members. Our results suggest that an overall increase in risk aversion contributes to wage moderation and promotes employment.

SOEPpapers No. 88

Jan Göbel, Peter Krause, Rainer Pischner, Ingo Sieber

Daten- und Datenbankstruktur der Längsschnittstudie Sozio-ökonomisches Panel (SOEP)

SOEPpapers No. 89

Alena Bicăková, Eva Sierminska

Mortgage Market Maturity and Homeownership Inequality among Young Households: A Five-Country Perspective

This paper uses the newly constructed Luxembourg Wealth Study data to document cross-country variation in homeownership rates and the homeownership-income inequality among young households in Finland, Germany, Italy, the UK and the US, and relate it to cross-country differences in mortgage market maturity. We find that aside from Italy, homeownership rates and inequality in the four countries correspond to their mortgage take up rates and its distribution across income, reflecting the different degree of development of their respective mortgage markets. In Italy, alternative ways of financing, such as family transfers, substitute the limited mortgage availability and explains the second highest homeownership rate in our sample, despite the lowest mortgage take up. The mortgage market in the UK is the most open and the most equal, which leads to the highest and most equally distributed homeownership in this country as well. The mortgage market in Germany is on the other side of the spectrum with very low mortgage take-up rates and strong dependence of homeownership and mortgage take up on household income. Finland and the US are in-between. Counterfactual predictions suggest that although household characteristics play some role in explaining the variation in home ownership rates across the five countries, it is mostly the country specific effects of these characteristics determined by the institutional environment as well as the functioning of the housing and mortgage markets that drive the main result.

SOEPpapers No. 90

Siegfried Geyer, Kambiz Norozi, Reiner Buchhorn, Armin Wessel

Chances of employment in a population of women and men after surgery of congenital heart disease: Gender-specific comparisons between patients and the general population

It was examined whether women and men (17–45 years) with operated congenital heart disease (CHD) differ with respect to chances of employment. Patients were compared with the general population. Patients (N=314) were classified by type of surgery (curative, reparative, palliative) as indicator of initial severity of disease. The second classification was performed according to a system proposed by the New York Heart Association in order to take subjectively reported impairments into account. Controls (N=1165) consisted of a 10% random sample drawn from the German Socio-Economic Panel. Chances of full-time employment decreased as disease severity increased. Chances of part-time and minor employment were higher in patients than among controls. These general effects were due to male patients, while the employment patterns of women did not differ from the control group. Independently of patient status women were more likely to have lower rates of full-time employment, and the rates of part-time and minor employment were higher. Long-term adaptation to impairments due to congenital heart disease differs between women and men with respect to employment status. While female patients do not differ from the general population, males may lower their engagement in paid work.

SOEPpapers No. 91

Impressum

DIW Berlin
Mohrenstraße 58
10117 Berlin
Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann
(Präsident)
Prof. Dr. Georg Meran
(Vizepräsident)
Prof. Dr. Tilman Brück
Dr. habil. Christian Dreger
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Christian Wey

Redaktion

Kurt Geppert
PD Dr. Elke Holst
Carel Mohn
Vanessa von Schlippenbach
Manfred Schmidt

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 – 30 – 89789–249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805–19 88 88, 14 Cent./min.
Reklamationen können nur innerhalb
von vier Wochen nach Erscheinen des
Wochenberichts angenommen werden;
danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,-
Einzelheft Euro 7,-
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer
und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen vor Jahresende
ISSN 0012-1304
Bestellung unter leserservice@diw.de

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

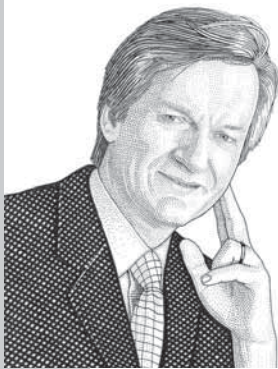
Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung
– auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusage
eines Belegexemplars an die
Stabsabteilung Kommunikation des
DIW Berlin (Kundenservice@diw.de)
zulässig.

Gedruckt auf
100 Prozent Recyclingpapier.

Der nächste Wochenbericht erscheint
am 16. Juli 2008.



Jenseits der engen Budgetsicht – Infrastrukturpolitik im Zeitalter des Klimawandels

Von Georg Meran*

Deutschland weist im internationalen Vergleich bislang eine gut ausgebaute technische Infrastruktur auf. Das betrifft den Versorgungsbereich, die Verkehrsinfrastruktur und die Kommunikationsnetzwerke. Dazu zählen aber auch bauliche Maßnahmen zum Hochwasserschutz und zur Regulierung des regionalen Wasserhaushaltes, die zu einem sorgenfreien Leben der Haushalte und einer arbeitsteiligen Produktion der Volkswirtschaft beitragen. Ein Blick nach Amerika zeigt, was eine gute Infrastruktur wert sein kann. Ein kürzlich veröffentlichter Bericht (Urban Institute und Ernst & Young) schätzt den zusätzlichen Investitionsbedarf dort auf 1,6 Billionen US-Dollar für die nächsten fünf Jahre.

Die Vernachlässigung der Infrastruktur macht die Gesellschaft anfälliger für Katastrophen, und der Ernst der Lage wird noch verschärft durch den Klimawandel. Dies gilt auch für Deutschland. Die Statistik der vergangenen Jahre hat gezeigt, dass die Zahl und die Intensität der Wetterextreme zugenommen haben. Flutkatastrophen wie jene an der Oder 2002 sind die Folge. Verletzlich sind aber nicht nur die in flutbedrohten Regionen angesiedelten Haushalte und Produktionsstätten sondern auch die Infrastruktur selbst, wie Strommasten, Gasleitungen oder Schienen, deren Ausfall zu volkswirtschaftlichen Schäden führt.

Wer sichert die notwendige Robustheit der Infrastruktur und wer zahlt die Aufrüstungsmaßnahmen? Zunächst geht es um die Erkenntnis, dass die Finanzierung nicht mehr auf traditionelle Weise durch den Staat aufgebracht werden kann. Es bedarf neuer Wege, die nicht nur die Beteiligung privater Anbieter, sondern auch die konsequente Durchsetzung des ökonomischen Prinzips zum Ziel haben. Es geht also darum, Infrastrukturleistungen im Rahmen intelligenter institutioneller Rahmenbedingungen anzubieten. Hierzu gehört beispielsweise eine transparente Regulierung regionaler Wasserwerke oder die Anwendung moderner Benchmarking-Methoden im Straßenbau, die Setzung richtiger Investitionsanreize durch Abschaffung des klassischen Kostenpreises und nicht zuletzt die Einführung eines modernen Nachfrage-Managements, das die richtigen Anreize der Infrastrukturnutzung setzt. Das wird im Energiebereich durch Anreize zur Energieeinsparung erreicht. Ein weiteres Beispiel wäre die Einführung der regional gestaffelten Versicherungspflicht bei Elementarschäden. Einwohner in hochwasserbedrohten Regionen müssen einer Versicherungspflicht unterliegen. Das reguliert die Wohndichte und schützt die Restgesellschaft vor unfairen Unterstützungszahlungen. Die kommenden Infrastrukturaufgaben sind also nicht nur quantitativer Natur. Es wird darauf ankommen, gegen Besitzstandswahrer des alten Systems neue sachorientierte institutionelle Rahmenbedingungen durchzusetzen.

* Prof. Dr. Georg Meran ist Vizepräsident des DIW Berlin.